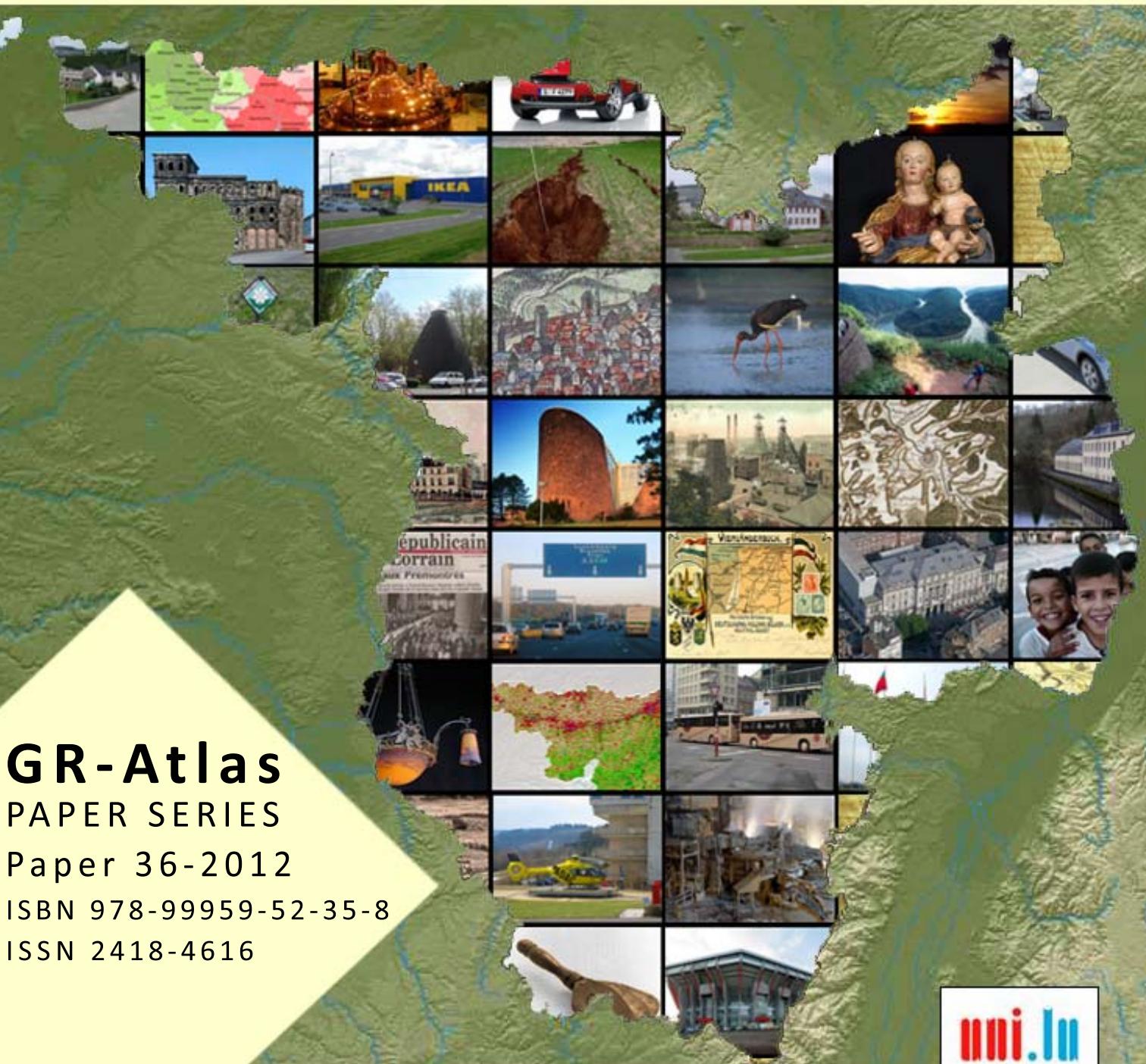


BIRTE NIENABER, URSULA ROOS

**Internationale Migranten und Migration in der
Großregion SaarLorLux**



GR-Atlas

PAPER SERIES

Paper 36-2012

ISBN 978-99959-52-35-8

ISSN 2418-4616

Permalink: <http://hdl.handle.net/10993/32046>

www.gr-atlas.uni.lu

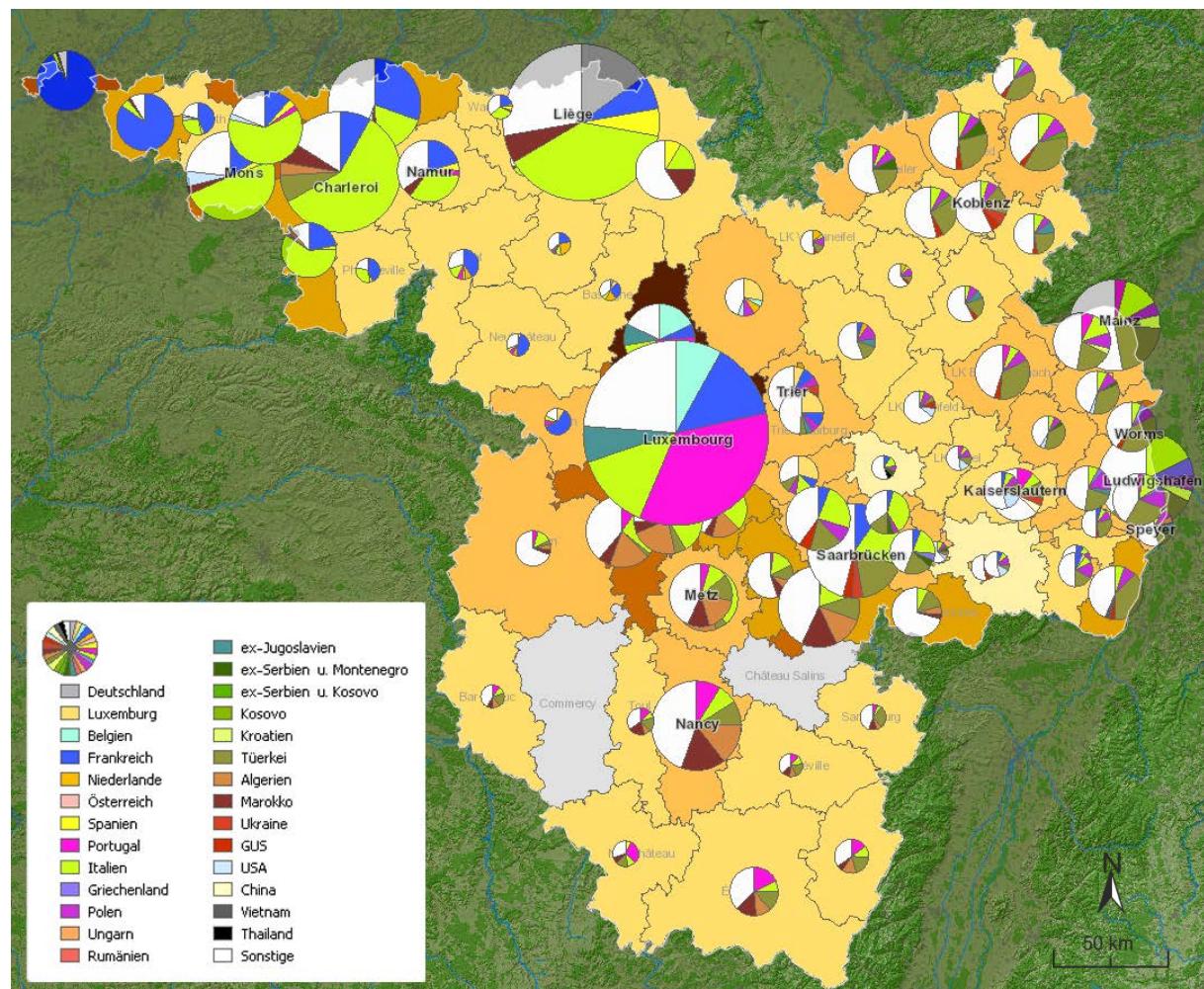


Internationale Migranten und Migration in der Großregion SaarLorLux

Birte Nienaber, Ursula Roos

Überblick

Durch die Entwicklungen im Zuge des demographischen Wandels hin zu alternden und ethnisch-differenzierten Gesellschaften kommt der Migration derzeit und in Zukunft eine verstärkte Bedeutung zu. Die Migrationsprozesse sind aber keinesfalls ein Phänomen der Gegenwart, sondern prägten bereits im 19. Jahrhundert die einzelnen Teile der heutigen Großregion SaarLorLux. Die Karten zeigen die Ausländeranteile an der Bevölkerung der Gemeinden sowie die Anteile der jeweils fünf wichtigsten Ausländergruppen in den Kreisen bzw. Arrondissements.



Internationale Migranten und Migration in der Großregion SaarLorLux; Ausländer in den Kreisen bzw. Arrondissements nach Herkunft. Quelle: GR-Atlas

Hinsichtlich des demographischen Wandels und des Geburtenrückgangs in einigen Teilen der Großregion ist die Migration in den vergangenen Jahren immer bedeutsamer geworden. Das derzeit zu beobachtende Bevölkerungswachstum in der Großregion ist in erster Linie auf erhebliche Wanderungsgewinne zurückzuführen. So belief sich zwischen 1990 und 2006 die Nettozuwanderung in die Großregion auf 558 500 Personen, wobei jedoch das Wanderungsgeschehen in unterschiedlichem Ausmaß in den einzelnen Teilregionen die Bevölkerungsentwicklung beeinflusste (vgl. Lübbbers 2008, S. 199-200). Anmerkung: Die Quellenangaben beziehen sich jeweils auf alle Absätze seit der vorangehenden Angabe).

Das Großherzogtum Luxemburg erreichte im Jahr 2006 mit einer Nettozuwanderungsquote von 11,3 den höchsten Wert, blieb aber unter Berücksichtigung der absoluten Zahlen hinter Wallonien und Rheinland-Pfalz zurück. Wanderungsverluste mussten hingegen Lothringen und das Saarland hinnehmen. Wanderungsgewinne sind im Wesentlichen auf eine positive wirtschaftliche Entwicklung, die wachsende Mobilität der Erwerbspersonen sowie eine förderliche Einwanderungspolitik zurückzuführen (vgl. Lübbbers 2008, S. 200-201). Auch in der Vergangenheit waren in Europa internationale Migrationsprozesse von Bedeutung, die meist mit wirtschaftlichen Entwicklungen und Veränderungen der Lebensqualität einhergingen. Dazu gehörten die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte ebenso wie der Zuzug von Asylbewerbern und Flüchtlingen sowie das Grenzgängerwesen.

Das Phänomen der Grenzgänger stellt eine Besonderheit der Großregion dar und ist auf ihre zentrale europäische Lage zurückzuführen. Erleichtert wurde die grenzüberschreitende Migration vor allem durch gesetzliche Neuerungen wie das Schengener Abkommen, was auch den Arbeitsmarkt jenseits der Grenze öffnete. Während speziell für Deutschland die Zuwanderung von Aussiedlern sowie Spät-aussiedlern charakteristisch ist, werden Lothringen und Wallonien vor allem durch den Zuzug von Personen aus Nordafrika geprägt.

Aufgrund unterschiedlicher historischer und wirtschaftlicher Entwicklungen variieren die Ausländeranteile sowohl innerhalb als auch zwischen den einzelnen Teilen der Großregion. Den höchsten Ausländeranteil weist mit 43,2 % das Großherzogtum Luxemburg (2011) auf, gefolgt von Wallonien mit 9,3 % (2008), Lothringen mit 7,8 % (2008), Rheinland-Pfalz mit 7,7 (2010) sowie dem Saarland mit 7,6 % (2010).



Foto: U. Roos 2010

Die Sammlung sowie der Vergleich von migrationsbezogenen Daten für einzelne Länder der Großregion werfen unterschiedliche Probleme auf. Da europaweit eine einheitliche Definition des Begriffs „Migrant“ fehlt, ist es beispielsweise schon schwierig, die genaue Anzahl von Migranten in einem Land zu bestimmen. Demnach existieren in den europäi-

schen Ländern unterschiedliche Kriterien wie beispielsweise die tatsächliche Aufenthaltsdauer oder der -zweck, die je nach Land bei der Definition zugrunde gelegt werden (vgl. Haase & Jugl 2008. Anmerkung: Die Quellenangaben beziehen sich jeweils auf alle Absätze seit der vorangehenden Angabe).

In Deutschland spricht das Bundesministerium des Inneren von einem Migrationsprozess, wenn „eine Person ihren Lebensmittelpunkt räumlich verlegt, von internationaler Migration, wenn dies über Staatsgrenzen hinweg geschieht“ (Bundesministerium des Inneren 2013, S. 12). Legt man bei der Charakterisierung von Migrantengruppen das Kriterium „Staatsangehörigkeit“ zugrunde, werden die Begriffe „Migrant“ und „Ausländer“ oft gleichgesetzt, was jedoch irreführend ist. Als „Ausländer“ gilt jede Person mit ausländischer Staatsangehörigkeit, was jedoch nicht zwangsläufig mit einer persönlichen Migrationserfahrung verbunden sein muss.

Auch ist nicht jeder „Migrant“ gleichzeitig „Ausländer“ wie das Beispiel der Spätaussiedler sowie deren Angehörigen zeigt (vgl. Haase & Jugl 2008). Um dieser Problematik zu begegnen, wurde 2005 die Kategorie Bevölkerung mit beziehungsweise ohne Migrationshintergrund eingeführt, wodurch sowohl die Zuwanderer als auch deren Nachkommen Berücksichtigung finden (vgl. Statistisches Bundesamt o.J.). Nach dieser Definition zählen zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund alle Personen, die „nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugezogen sind, alle in Deutschland geborenen Ausländer/-innen und alle in Deutschland mit deutscher Staatsangehörigkeit Geborene mit zumindest einem zugezogenen oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil.“ (Statistisches Bundesamt o.J.)

In den amtlichen Statistiken wird in der Regel dennoch meist die Differenzierung nach der Staatsangehörigkeit und nicht nach dem Migrationshintergrund vorgenommen (vgl. Bundesministerium des Inneren 2013, S. 154).



Insbesondere türkische Einwanderer werden häufig als Kleinunternehmer tätig. Türkischer Modeladen im Saarland.

Foto: U. Roos 2010

Das statistische Amt Frankreichs „Institut national de la statistique et des études économiques“ (INSEE) definiert einen Ausländer als eine Person, die in Frankreich lebt, aber nicht die französische Staatsangehörigkeit besitzt, da sie entweder einer anderen oder keiner Nationalität zugehörig ist. Personen, die neben der französischen eine weitere Staatsangehörigkeit besitzen, werden in Frankreich trotzdem als Franzosen aufgefasst. Auch in diesem Fall ist ein Ausländer nicht zwangsläufig ein Migrant, da die Person bereits in Frankreich geboren sein kann (vgl. INSEE o.J.a). Im Gegensatz dazu definiert der „Hohe Rat für Integration“ einen Einwanderer als eine Person, die als Ausländer im Ausland geboren wurde, nun aber in Frankreich lebt. Personen, die im Ausland mit französischer Staatsangehörigkeit

geboren wurden und in Frankreich leben, werden demnach nicht zu der Gruppe der Einwanderer gezählt. Aus diesem Grund können die Begriffe Ausländer und Einwanderer nicht synonym verwendet werden, da ein Zuwanderer nicht zwangsläufig auch ein Ausländer ist. Dennoch ist der Status als Immigrant dauerhaft, da die Person weiterhin zu der Gruppe der Einwanderer gehört, auch wenn sie die französische Staatsangehörigkeit bereits besitzt. Es ist das Geburtsland und nicht die Nationalität bei der Geburt, die den geographischen Ursprung eines Einwanderers definiert (vgl. INSEE o.J.b). „Es ist das Geburtsland und nicht die Nationalität bei der Geburt, die den geographischen Ursprung eines Einwanderers definiert“ (übersetzt nach INSEE o.J.b).

Ähnlich ist die Situation im Großherzogtum Luxemburg, wo der überwiegende Teil der amtlichen Statistik keine Informationen zur Migration enthält, so dass lediglich in den meisten statistischen Analysen die rechtliche Zugehörigkeit zu einer Nationalität sichtbar wird. Dadurch können keine Rückschlüsse auf die persönliche Migrationserfahrung gezogen werden, so dass auch in diesem Fall die synonyme Verwendung von „Ausländer“ und „Migrant“ fehlerhaft ist (vgl. Ministère de la Famille et de l’Intégration 2010, S. 143). Für Belgien konnten keine entsprechenden Informationen gefunden werden.

Eine weitere Schwierigkeit stellt in der Großregion die Erfassung der internationalen Wanderungen dar, die im Vergleich zu den innerstaatlichen Wanderungen nicht so systematisch beschrieben werden. Da Lothringen im Unterschied zu den übrigen Teilen der Großregion über kein kommunales Bevölkerungsregister verfügt, liegen für diese Region keine ausreichenden Informationen vor. Daher muss in Frankreich die Volkszählung herangezogen werden, um die Bruttoströme der Zu- sowie Fortzüge mit der Unterscheidung zwischen Personen nationaler und ausländischer Staatsangehörigkeit nachzeichnen zu können (vgl. François & Moreau 2008, S. 1).

Die Angleichung derartig unterschiedlicher Daten birgt methodische Schwierigkeiten, was bereits bei der obigen Begriffsabgrenzung zwischen Einwanderer und Ausländer verdeutlicht wurde. Der für internationale Vergleiche verwendete Ausländeranteil, als Anteil der Ausländer bezogen auf die Gesamtbevölkerung, bildet eine gemeinsame Basis zwischen verschiedenen Ländern. Jedoch kann auch dieser Indikator die Einwanderung nicht ohne Einschränkungen abbilden. Auch ist der Begriff des „Ausländer“ nicht überall gleich definiert, da er sowohl von den Einbürgerungsbedingungen des jeweiligen Landes als auch dem Einbürgerungswillen des Individuums abhängt (vgl. François & Moreau 2008, S. 1).

Die aufgezeigten Differenzen in der Datenlage der einzelnen Teile der Großregion führen auch zu Harmonisierungsschwierigkeiten bei der Erstellung der Karten. So existieren beispielsweise für Luxemburg und Wallonien lediglich Daten für die Jahre 2001 beziehungsweise 2007 statt für das Vergleichsjahr 2008. Besonders schwer zugänglich ist im Saarland eine Auflistung der Personen nach Staatsangehörigkeit auf Kreisebene, da diese Informationen weder von dem Statistischen Amt noch von der Ausländerbehörde erhoben werden. Durch das Anschreiben der 52 saarländischen Städte und Gemeinden konnten aus den einzelnen Daten Informationen für die Kreise generiert werden. Dies ist ebenfalls mit Ungenauigkeiten verbunden, so konnten beispielsweise zwei Gemeinden aus programmtechnischen Gründen keine Daten liefern und damit nicht in den entsprechenden Kreis eingerechnet werden. Des Weiteren erfolgte teilweise die Auflistung der Bevölkerung mit Staatsangehörigkeiten nach Haupt-, Haupt- und Nebenwohnsitz oder es wurden keine näheren Angaben gemacht. In den beiden Regionen Luxemburg und Lothringen waren lediglich Auflistungen nach folgenden Herkunftsländern beziehungsweise zusammengefassten Regionen verfügbar:

Luxemburg: Portugal, Frankreich, Italien, Belgien, Deutschland, (Ex-)Jugoslawien sowie andere Länder

Lothringen: Portugal, Italien, Spanien, Algerien, Marokko, Tunesien, Türkei, andere Länder der EU27, andere Länder Europas, andere afrikanische Länder, andere Länder

Entsprechend der vorhandenen Auflistung wurden die fünf häufigsten Nationalitäten bestimmt. Jedoch können sich eventuell unter den zusammengefassten Ländern noch weitere wichtige Hauptherkunftsländer befinden, die aber aufgrund der kumulierten Auflistung nicht identifiziert werden konnten. Zur Berechnung der Ausländeranteile wurde mit Ausnahme des Saarlands auf die Daten der Statistischen Ämter zurückgegriffen. Durch die Abfrage der Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit auf Gemeindeebene konnten im Saarland die genauen Ausländeranteile direkt berechnet werden, die teilweise aufgrund der unterschiedlichen Datenbasis stark von den Angaben des Statistischen Amtes im Saarland abweichen.

Zur besseren Vergleichbarkeit mit den übrigen Regionen der Großregion wurde für Lothringen zur Berechnung des Ausländeranteils ebenfalls eine Datei zugrunde gelegt, die zwischen Franzosen und Nichtfranzosen statt zwischen Zuwanderern und Nichtzuwanderern differenziert. Letztere Unterscheidung entspricht eher der deutschen Differenzierung nach dem Migrationshintergrund, weshalb die Verwendung Verzerrungen zu den übrigen Daten hervorrufen würde. Im Hinblick auf den demographischen Wandel und dem damit verbundenen Geburtenrückgang in einigen Teilen der Großregion gewinnt die Migration seit den vergangenen Jahren zunehmend an Bedeutung. Auch das derzeitige Bevölkerungswachstum ist in der Großregion neben dem Geburtenüberschuss vor allem auf erhebliche Wanderungsgewinne zurückzuführen. Im Zeitraum von 1990 bis 2006 belief sich die Nettozuwanderung für die gesamte Großregion auf 558 500 Personen, jedoch wirkte sich das Wanderungsgeschehen in den einzelnen Teilregionen unterschiedlich auf die Bevölkerungsentwicklung aus (vgl. Lübbbers 2008, S. 199-200). So wurden in dem entsprechenden Zeitraum im Saarland Wanderungsüberschüsse von rund 35 300 Personen verzeichnet. Dabei erreichte im Jahr 1990 die Zuwanderung mit 9 689 Personen einen Spitzenwert. Seit 2004 weist das Bundesland einen negativen Wanderungssaldo auf, der erstmals im Jahr 2010 wieder leicht positiv war. Aus Lothringen wanderten zwischen 1990 und 2006 insgesamt 82 600 Personen ab, was einem jährlichen Wanderungsverlust von 4 860 Personen entspricht (vgl. Lübbbers 2008, S. 200).

Ein gegensätzliches Bild zeigt sich für Luxemburg, Wallonien sowie Rheinland-Pfalz, für die sich in dem betrachteten Zeitraum Wanderungsgewinne von 72 400, 104 300 beziehungsweise 429 200 Personen ergaben. Während Luxemburg bei Betrachtung der absoluten Zahlen hinter Wallonien und Rheinland-Pfalz zurückblieb, erreichte das Großherzogtum mit einer Nettozuwanderungsquote von 11,3 im Jahr 2006 den höchsten Wert, gefolgt von Wallonien (2,7), Rheinland-Pfalz (1,0) sowie Lothringen (-1,1) und dem Saarland (-2,0) (vgl. Lübbbers 2008, S. 200). Die höhere Attraktivität einzelner Teilregionen, die sich in den unterschiedlichen Wanderungsgewinnen widerspiegelt, ist neben einer förderlichen Einwanderungspolitik und der wachsenden Mobilität der Erwerbspersonen vor allem auf die wirtschaftliche Entwicklung jeder einzelnen Region zurückzuführen (vgl. Lübbbers 2008, S. 201). Aber auch in der Vergangenheit haben internationale Migrationsprozesse eine wichtige Rolle gespielt, so dass ein großer Teil der europäischen Gesellschaften als Einwanderungsgesellschaften bezeichnet werden kann.

Historisch gesehen können die Migrationsprozesse in verschiedene Phasen untergliedert werden, die eng mit wirtschaftlichen Entwicklungen und Veränderungen der Lebensqualität zusammenhängen. Dazu gehörten in der Vergangenheit beispielsweise die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte, der Zuzug von Asylbewerbern und Flüchtlingen sowie das Phänomen der Grenzgänger, welches gerade in der Großregion besonders stark ausgeprägt ist. Zurückzuführen ist die Herausbildung dieser spezifischen Migrationsform auf die Lage der Großregion innerhalb Europas und die damit verbundene räumliche Nähe zu weiteren Staaten. Aber auch der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt, das Schengener Abkommen sowie der damit verbundene Wegfall der Grenzen haben die Herausbildung der grenzüberschreitenden Migration erleichtert.

Des Weiteren ist speziell für Deutschland die Zuwanderung von Aussiedlern beziehungsweise Spätaussiedlern sowie für Lothringen und Wallonien der Zuzug von Personen aus maghrebischen Ländern charakteristisch. Die Historie der Wanderungsbewegungen spiegelt sich auch in den Hauptnationalitäten der einzelnen Regionen wider. Während in Deutschland türkische und italienische Staatsangehörigkeiten dominieren, wird Luxemburg stark von Personen portugiesischer Herkunft geprägt. Auch in Wallonien zeigt sich in einigen Regionen noch heute die Bedeutung der Gastarbeiterabkommen. So ist die italienische Staatsangehörigkeit in einigen Arrondissements weiterhin die mit Abstand größte ausländische Nationalität.

Bezüge zu der Kolonialzeit weist Lothringen mit Personen algerischer und marokkanischer Staatsangehörigkeit auf (für Luxemburg und Lothringen ist lediglich eine Auflistung nach bestimmten Staatsangehörigkeiten verfügbar, Erklärung siehe oben). Eine Besonderheit kommt in Rheinland-Pfalz der amerikanischen Bevölkerung zu, die aufgrund von Militärstützpunkten wie beispielsweise in Ramstein und Spangdahlem in bestimmten Landkreisen stärker vertreten ist.

Besonders auffällig sind die erhöhten Ausländeranteile entlang der nationalen Grenzen zwischen Deutschland, Luxemburg und Frankreich sowie Wallonien, Frankreich, der Niederlande und Deutschland, was auf das Grenzgängerwesen innerhalb der Großregion zurückzuführen ist. So weisen die zu Luxemburg grenznahen deutschen Landkreise höhere Anteile an luxemburgischen Personen auf. Auch in Wallonien leben im westlichen Bereich verstärkt Franzosen, während sich Personen deutscher Staatsangehörigkeit in den deutschsprachigen Gemeinden im Nordosten Walloniens niederlassen, wodurch nahezu keine Sprachbarrieren bestehen. Zog es aufgrund der dort eher verfügbaren Arbeitsplätze und der Wohnraumkapazitäten die Gastarbeiter zunächst in die städtischen Gebiete, haben sich später auch die Ausländeranteile in den ländlichen Räumen erhöht.



Das 2007 auf der Grundlage eines deutsch-luxemburgischen Abkommens gegründete Deutsch-Luxemburgische Schengen-Lyzeum Perl ist eine grenzüberschreitende Schule, die etwa zu gleichen Teilen von Kindern aus dem Großherzogtum und der Gemeinde Perl besucht wird.

Foto: © GR-Atlas

Darüber hinaus gibt es aufgrund unterschiedlicher historischer und wirtschaftlicher Entwicklungen auch Unterschiede innerhalb der einzelnen Teile der Großregion. So weist das Großherzogtum Luxemburg im Jahr 2011 mit 43,2 % den mit Abstand höchsten Ausländeranteil auf. Es folgen Wallonien mit 9,3 % (2008), Lothringen mit 7,8 % (2008), Rheinland-Pfalz mit 7,7 (2010) sowie das Saarland mit 7,6 % (2010). Wohnen im Saarland die meisten Personen ausländischer Staatsangehörigkeit in dem Regionalverband Saarbrücken, konzentrieren sie sich in Rheinland-Pfalz auf die kreisfreien Städte Ludwigshafen und Mainz sowie in Luxemburg auf Luxemburg-Stadt.

cher Entwicklungen auch Unterschiede innerhalb der einzelnen Teile der Großregion. So weist das Großherzogtum Luxemburg im Jahr 2011 mit 43,2 % den mit Abstand höchsten Ausländeranteil auf. Es folgen Wallonien mit 9,3 % (2008), Lothringen mit 7,8 % (2008), Rheinland-Pfalz mit 7,7 (2010) sowie das Saarland mit 7,6 % (2010). Wohnen im Saarland die meisten Personen ausländischer Staatsangehörigkeit in dem Regionalverband Saarbrücken, konzentrieren sie sich in Rheinland-Pfalz auf die kreisfreien Städte Ludwigshafen und Mainz sowie in Luxemburg auf Luxemburg-Stadt.

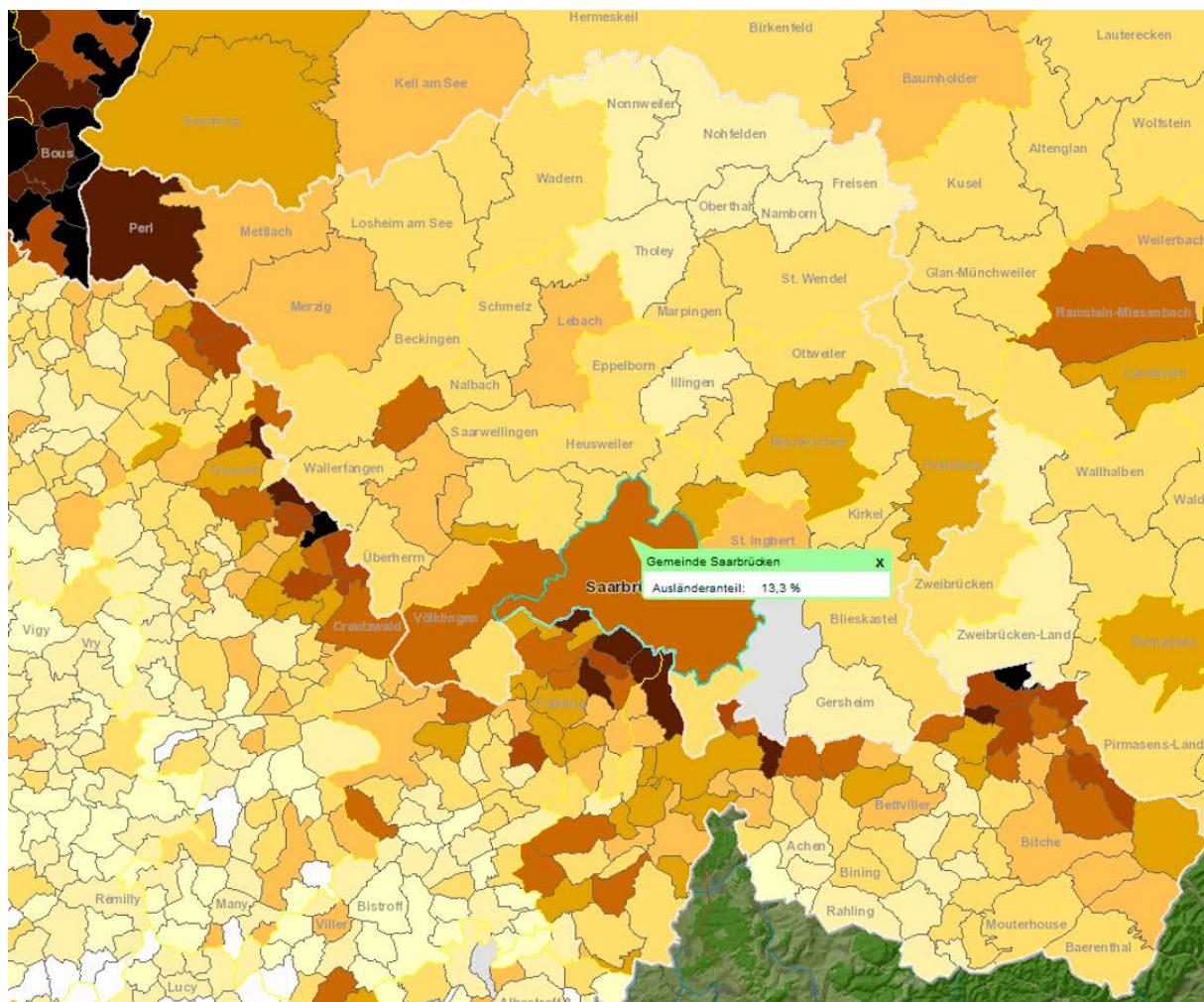
Erhöhte Ausländeranteile werden des Weiteren in Wallonien, genauer in Charleroi und Namur verzeichnet, die als wirtschaftliche Zentren der Region gelten und aus diesem Grund für Zuwanderer aus dem Ausland attraktiv sind. Lothringen weist aufgrund seiner sehr kleinräumigen Struktur sehr viele Gemeinden mit einem Ausländeranteil von 0 % auf. Selbst bei großräumigerer Betrachtung ist der Ausländeranteil im Vergleich zu den anderen Regionen der Großregion insgesamt sehr niedrig. Lediglich vereinzelte Gebiete wie beispielsweise die zwei Gemeinden Grandrupt-de-Bains und Le Magny im Süden stechen durch erhöhte Ausländeranteile von mehr als 20 % hervor. Aufgrund der geringen Einwohnerzahlen dieser Gemeinden, die jeweils deutlich unter 100 Personen liegen, können einzelne Familien ohne französische Staatsangehörigkeit bereits erhöhte Ausländeranteile hervorrufen.

Für die Zuwanderungsländer sind Migrationsbewegungen auf der einen Seite mit technischen und ökonomischen Innovationen sowie einem sozialen Wandel verbunden, bewirken auf der anderen Seite aber auch soziale Probleme. So wirft die Zuwanderung Integrationsfragen auf, die sowohl die aufnehmende Gesellschaft als auch die allochthone Bevölkerung vor große Herausforderungen stellt. Grundlegend für eine erfolgreiche Integration von Personen ausländischer Staatsangehörigkeit ist „zwingend eine interkulturelle Öffnung der Institutionen der Einwanderungsgesellschaft“ (Filsinger, Rotink & Willems 2009, S. 1130).

Des Weiteren spielen auch Austauschbeziehungen zwischen der ethnischen und der aufnehmenden Gesellschaft eine wichtige Rolle. Von Bedeutung ist ebenfalls die Unterstützung bei der Lebenspraxis. Hiervon können in besonderem Maße die Personengruppen profitieren, die von „Prozessen des Leidens und Scheiterns“ (Filsinger, Rotink & Willems 2009, S. 1122) eher betroffen sind. Dazu gehören nach Filsinger, Rotink und Willems (a.a.O.) die Gruppen der klassischen Gastarbeitermigranten sowie Asylbewerber oder Kriegsflüchtlinge.

Internationale Migranten und Migration im Saarland

In dem Zeitraum von 1946 bis 1996 wies das Saarland mit einigen Ausnahmen vor allem in den 1970er Jahren einen positiven Wanderungssaldo auf, der abgesehen von den starken Zuwanderungen in den Nachkriegsjahren im Jahr 1989 einen Spitzenvwert von 12 500 Personen erreichte (vgl. Statistisches Amt Saarland 2008, S. 13. Anmerkung: Die Quellenangaben beziehen sich jeweils auf alle Absätze seit der vorangehenden Angabe). Da der Wanderungssaldo sowohl Binnenwanderungen sowie internationale Wanderungen umfasst, reduzierte sich bis Mitte der 1990er Jahre die Zuwanderung ins Saarland infolge des 1993 geänderten Asylrechts (vgl. Statistisches Amt Saarland 2008, S. 13). Wanderten 1993 noch 12 938 Personen aus dem Ausland ins Saarland, hatte sich die Zahl im Jahr 2006 bereits halbiert (vgl. Ertl 2007a, S. 28).



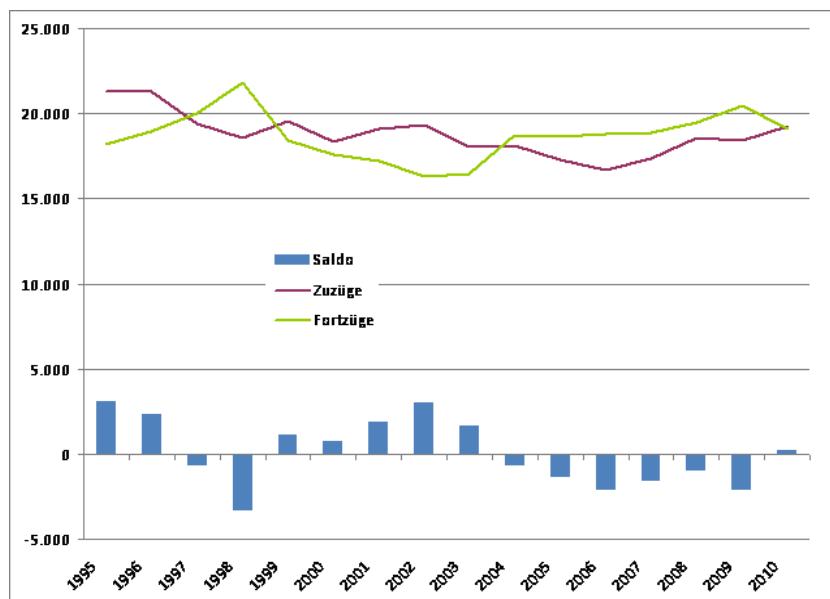
Internationale Migranten und Migration in der Großregion SaarLorLux, Ausländeranteile nach Gemeinden. Ausschnitt Saarland und Umgebung. Quelle: GR-Atlas

In dem Zeitraum von 2004 bis 2009 wies das Saarland durchgängig negative Wanderungssalden von bis zu -2 077 Personen auf (siehe Abb. 1). Erstmals im Jahr 2010 konnte erneut wieder ein leicht positiver Wanderungssaldo von +190 Personen erzielt werden, wobei die einzelnen Landkreise unterschiedlich stark von diesem Wanderungssaldo profitierten. So wiesen lediglich der Regionalverband Saarbrücken (+495), der Saarpfalz-Kreis (+250) sowie der Landkreis Merzig-Wadern (+123) Wande-

rungsgewinne auf. Mit -394 Personen verzeichnete der Landkreis Neunkirchen die stärksten Wanderungsverluste, gefolgt von den Landkreisen Saarlouis und St. Wendel mit jeweils einem Verlust von -209 beziehungsweise -75 Personen (vgl. Statistisches Amt Saarland 2011a, S. 2).

Insgesamt gesehen haben diese Wanderungsgewinne mitgeholfen, die im Saarland seit den 1970er Jahren negative natürliche Bevölkerungsentwicklung abzumildern, wobei seit 1996 das Geburtendefizit nicht mehr ausgeglichen werden kann (vgl. von Hohnhorst 2007, S. 71). Da sich die Wanderungsgewinne zu einem überwiegenden Teil aus dem Zuzug von Personen aus dem Ausland ergeben, wird im Folgenden nur noch auf internationale Wanderungen eingegangen. Dazu zählen die EU-Binnenmigration sowie der Zuzug von Asylbewerbern, Flüchtlingen, Aussiedlern, aber auch von Arbeitsmigranten, ausländischen Studierenden und Familiennachzüge von Drittstaatangehörigen (vgl. Ertl 2007b, S. 13). Auf die Gruppen der ausländischen Arbeitnehmer, der Aussiedler sowie die der Asylbewerber und Flüchtlinge wird zu einem späteren Zeitpunkt näher eingegangen.

Nach Angabe des Statistischen Amts Saarland stieg im Jahr 2010 die Zahl der ausländischen Bevölkerung im Vergleich zum Vorjahr um 0,8 % auf 77 710 Personen an. Dies entspricht einem Ausländeranteil von 7,6 %, der um 0,7 Prozentpunkte unterhalb des Bundesdurchschnitts lag (vgl. Statistisches Amt Saarland 2011b, S. 1, Statistisches Amt Saarland 2011c & Statistisches Bundesamt 2011, S. 25).



*Wanderungen über die Landesgrenzen des Saarlandes 1995-2010
Datengrundlage: Statistisches Amt Saarland 2011a, S. 2*

Während im Jahr 2010 vor allem die Zahl der Bürger aus EU-Staaten zugenommen hat, war die Zahl von Einwanderern aus den übrigen Ländern rückläufig. Der stärkste Rückgang wurde bei Personen aus der Türkei

beobachtet, deren Zahl sich im Vergleich zum Vorjahr um 414 auf rund 12 000 Personen reduzierte (vgl. Statistisches Amt Saarland 2011b, S. 1). Deutliche Zuwächse wurden hingegen besonders bei Personen aus osteuropäischen Ländern verzeichnet. So nahm die Zahl der Rumänen 2010 mit 29,5 % am stärksten zu, gefolgt von Personen aus Bulgarien (21,6 %) und mit deutlichem Abstand Polen (7,4 %) (vgl. Statistisches Amt Saarland 2011b, S. 1). Dies führte zu einer äußerst heterogenen Gruppe, wobei mit knapp 18 100 beziehungsweise 12 000 sowie mehr als 6 500 Personen die Italiener, Türken und Franzosen die größten Gruppen der nichtdeutschen Bevölkerung darstellten (vgl. Ertl 2007b, S. 13 & Statistisches Amt Saarland 2011b, S. 1).

Demnach handelt es sich bei der Verwendung des Begriffs „Migranten“ nicht um eine homogene Gruppe. Ebenso variiert deren räumliche Verteilung innerhalb des Saarlands stark. Räumlich gesehen erfolgten zunächst die stärksten Wanderungswellen in die urbanisierten Bereiche des Saarlandes, da diese zum einen über die meisten Arbeitsplätze verfügten, zum anderen aber auch das größte Wohnangebot zu Verfügung stellten. Demnach wohnt die Mehrheit der Personen ausländischer Staatsange-

hörigkeit in den Städten Saarbrücken, Völklingen, Saarlouis sowie Dillingen und damit entlang der Saarschiene (vgl. Hartmann 2010, S. 8). Gerade in der Stadt Völklingen war mit 15,1 Prozent im Jahr 2008 der Ausländeranteil besonders hoch, was seine Ursache in einer starken Zuwanderung von Arbeitsmigranten in die dortige Industrieregion hatte (vgl. Hartmann 2010, S. 8; Jurecka 1998, S. 37).

Bereits vor dem 1. Weltkrieg wurden italienische Arbeitnehmer für den Eisenbahnbau angeworben, während der ländliche Raum fehlender Industrie erst in späteren Jahren internationale Zuzüge verzeichnete (vgl. Jurecka 1998, S. 37). So wohnen in Schmelz viele türkische Personen, die bereits in den 1960er und 1970er Jahren gezielt von der ortsansässigen Firma Meiser als Gastarbeiter angeworben wurden (vgl. Nienaber & Roos 2012, S. 97). Aber auch atypische Grenzgänger sowie Aussiedler und Spätaussiedler siedeln sich in den ländlichen Räumen des Nordsaarlands oder auch in Püttlingen an (vgl. Hartmann 2010, S. 8).

In der Bundesrepublik Deutschland sind die Zuständigkeiten für die Migrations- und Integrationspolitik klar definiert. Während die Migrationspolitik in den Zuständigkeitsbereich der Bundespolitik fällt, sind die Bundesländer für die länderspezifische Integrationspolitik verantwortlich. Aufgrund dieser Verantwortung hat das Thema Integration in den letzten Jahren eine Aufwertung in der saarländischen Landespolitik erfahren. So wurden mit der Einrichtung eines eigenen Referats für Integration im Jahr 2001 wichtige Voraussetzungen für die Integration geschaffen. Mit der Implementierung dieses Referates in das Ministerium für Bildung, Familie, Frauen und Kultur wurden nicht nur Zuwanderung und Integration miteinander verknüpft, sondern auch verschiedene integrationspolitische Handlungsfelder vernetzt.

Das Referat soll Integrationskonzepte entwickeln, sie umsetzen, Integrationsmaßnahmen fördern und Integrationsprojekte initiieren. 2005 wurde das erste Landesintegrationskonzept verabschiedet, das Ziele und Grundsätze der Integrationspolitik, wichtige Handlungsfelder, die jeweilige Bedarfssituation, Angebote sowie Maßnahmen und langfristige Perspektiven enthält (vgl. Ministerium für Arbeit, Familie, Prävention, Soziales und Sport o.J.). Wichtige Grundsätze der Integrationspolitik sind unter anderem die „gleichberechtigte Teilhabe [von Zuwanderern] am gesellschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leben [...] ohne Aufgabe der eigenen kulturellen Identität“ (Ministerium für Inneres, Familie, Frauen und Sport 2005, S. 6) sowie die Auffassung der Integration als wechselseitigem Prozess, zu dem auch jedes Mitglied der einheimischen Gesellschaft einen Beitrag leisten kann (vgl. Ministerium für Inneres, Familie, Frauen und Sport 2005, S. 7).



Saarländische Landesaufnahmestelle Lebach
Foto: U. Roos 2011

Auch wurde das Amt eines Landesintegrationsbeauftragten eingeführt, bei dem alle wesentlichen Informationen zum Thema Integration zusammenlaufen (vgl. Ministerium für Arbeit, Familie, Prävention, Soziales und Sport o.J.). Schon vor den großen Wanderungsprozessen in den 1960er und 1970er Jahren existierten im Saarland wichtige internationale Wanderungen wie zum Beispiel die Einwanderung der Hugenotten. Die Migrationsbewegungen des Saarlandes wurden in den 1960er und 1970er Jahren maßgeblich durch die Anwerbung von Gastarbeitern bestimmt. Durch das „Wirtschaftswunder“ in den 1950er-Jahren wurden in Deutschland zusätzlich vor allem un- oder angelernte Arbeitskräfte benötigt, die mit Hilfe von Anwerbevereinbarungen aus dem Ausland rekrutiert werden sollten, da der entstandene Bedarf an Arbeitskräften mit der einheimischen Bevölkerung nicht abgedeckt werden konnte. So wurden in der Folgezeit entsprechende Vereinbarungen mit Italien (1955), Spanien und Griechenland (1960), der Türkei (1961), mit Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und Jugoslawien (1968) abgeschlossen (vgl. Bundesministerium des Inneren 2011, S. 14). Die ausländischen Arbeitnehmer aus dem Mittelmeerraum wurden als „Gastarbeiter“ bezeichnet, da ihr Aufenthalt zunächst lediglich vorübergehend sein sollte und eine Rückkehr in das jeweilige Heimatland angestrebt wurde („Rotationsprinzip“) (vgl. Butterwegge 2005).

Während bereits 1955 in der Bundesrepublik Arbeitsmangel herrschte und Italiener angeworben wurden, zeichnete sich im Saarland die Kohlenkrise mit einem Arbeitsplatzabbau im Bergbau ab. Verspätet zur übrigen Bundesrepublik stieg im Saarland erst in der Zeit von 1960 bis 1965 die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte von 13 000 auf 23 007 an. Dabei stellen Italien mit 14 600 und die Türkei mit 645 Personen sowie das ehemalige Jugoslawien mit 362 Personen drei wichtige Gastarbeiternationen dar (vgl. Statistisches Amt des Saarlandes 1965, S. 4-5). Aber auch den 3 534 französischen Erwerbspersonen, die traditionell zu einem großen Teil Grenzgänger waren, kam eine bedeutende Rolle zu (vgl. Statistisches Amt des Saarlandes 1965, S. 4-5). Im Zuge der bundesweiten Wirtschaftskrise 1966/1967 sank die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer innerhalb von drei Jahren von 23 007 im Jahr 1965 auf 17 452 im Jahr 1967 (vgl. Statistisches Amt des Saarlandes 1967, S. 2).



Insbesondere türkische Einwanderer machen sich häufig im Lebensmittelhandel oder der Gastronomie selbstständig. Türkisches Lokal im Saarland
Foto: U. Roos

Es folgte im Zuge der wirtschaftlichen Hochkonjunktur ein Anstieg auf 23 643 (1973) ausländische Beschäftigte, was mit einem Höchststand der türkischen Arbeitnehmer von 3 930 Personen einherging (vgl.

Statistisches Amt des Saarlandes 1974, S. 5). Seit dem Höchststand im Jahr 1973 ist die Zahl der ausländischen Arbeiter im Saarland mit einigen wirtschaftszirkulischen Schwankungen rückläufig. Besonders hohe prozentuale Rückgänge wurden bei Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien verzeichnet, während die Italiener als die stärkste Ausländergruppierung die geringsten Schwankungen aufwiesen (vgl. Hartmann 2010, S. 7).

Auch Aussiedler sowie Spätaussiedler spielen im Saarland eine wichtige Rolle. So stieg die Zahl der Aussiedler aus ost- und südosteuropäischen Ländern im Jahr 1977 gegenüber den Vorjahren an. Während im Jahr 1974 255 Personen aufgenommen wurden, waren es im Jahr 1977 insgesamt 580 Personen. Verursacht wurde die Steigerung der Aufnahmезahlen insbesondere durch Aussiedler aus der Volksrepublik Polen, deren Anzahl von 134 Personen im Jahr 1974 auf 449 Personen im Jahr 1977 anstieg. Dem Saarland wurden in diesem Jahr 1,07 % aller im Bundesgebiet aufgenommenen Aussiedler zugeteilt, sodass die Aufnahmезquote des Saarlands von 2,5 % nicht erreicht wurde. Ursache hierfür waren zum einen nur geringe oder keine familiären Bindungen der aufgenommenen Personen in das Saarland. Zum anderen spielte auch die schwierige Arbeitsmarktsituation eine Rolle (vgl. Minister für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung 1978, S. 1).

Bis 1980 wurden leicht rückläufige Zahlen verzeichnet, ehe 1981 insgesamt 842 Aussiedler und DDR-Zuwanderer aufgenommen wurden. Der 1981 diagnostizierte Anstieg ist durch die Abwanderung von Deutschen aus der Volksrepublik Polen und die gestiegene Zahl Zuwanderer aus der ehemaligen DDR bedingt. Bereits 1982 sank die Zahl der aufgenommenen Aussiedler und DDR-Zuwanderer verglichen mit dem Vorjahr um 46 % auf insgesamt 452 Personen, wobei dies mit einem Rückgang der Aussiedlerzahlen aus der Volksrepublik Polen und der UdSSR verbunden ist (vgl. Minister für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung 1981 & 1982 & 1983, S. 4-5). In den Jahren bis 1987 kamen insgesamt 2 707 Aussiedler sowie 1 031 DDR-Zuwanderer in das Saarland (vgl. Schumann 1990, S. 41). Diese wurden in der Landesaufnahmestelle Lebach und in den dazugehörigen Dependancen in Homburg, Saarbrücken und St. Wendel untergebracht (vgl. Minister für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung 1988, S. 4).

Im Jahr 2010 lebten über 40 000 Spätaussiedler im Saarland. Jedoch ist ihre genaue Zahl schwer zu bestimmen, da sie nach dem Gesetz die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und somit als Deutsche gelten. Ein Großteil der Spätaussiedler stammt aus Russland sowie Kasachstan und sie sind Nachfahren deutscher Siedler, die im 18. Jahrhundert nach Russland emigrierten und von dort in den 1940er Jahren nach Kasachstan zwangsweise umgesiedelt wurden (vgl. Hartmann 2010, S. 7-8). Eine weitere Zuwanderungsgruppe stellen Asylbewerber und Flüchtlinge dar, wobei aufgrund fehlender Datenlage lediglich der Zeitraum bis 2004 betrachtet werden kann. Die Aufnahmезquote für das Saarland lag im Jahr 2004 bei 1,4 %. Ein Vergleich der Zuzugszahlen der Asylbewerber und Flüchtlinge von 1995 bis 2004 zeigt, dass die Zahlen der ankommenden Asylbewerber seit 1996, mit einem Anstieg im Jahr 2001, generell rückläufig sind (s. Tabelle) (vgl. Institut für Entwicklungsforschung, Wirtschafts- und Sozialplanung 2005, S. 9).

Allein in dem Zeitraum von 2002 bis 2003 reduzierte sich die Zahl um knapp 30 % (vgl. Institut für Entwicklungsforschung, Wirtschafts- und Sozialplanung 2005, S. 9). Insgesamt wurden 2003 788 Asylanträge bearbeitet, wobei es sich bei 633 Anträgen um Erstanträge handelte. Mit 178 gestellten Asylanträgen stellt die Türkei das Hauptherkunftsland, gefolgt von dem damaligen Serbien und Montenegro mit 125 sowie China mit 85 Anträgen. Es folgen an vierter und fünfter Stelle der Irak beziehungsweise die Russische Föderation. Ein Vergleich der Anerkennungsquote des Saarlands mit dem Bundesdurchschnitt zeigt, dass diese im Saarland 2003 mit 1,1 % 0,5 Prozentpunkte unterhalb des Wertes der Bundesrepublik lag. So wurden saarlandweit 10 Asylbewerber als Asylberechtigte anerkannt, die aus der Türkei, dem Iran, der Russischen Föderation sowie dem Irak stammten. 65,1 % der Asylanträge wurden abgelehnt, bei 2 % wurde Abschiebeschutz gewährt und bei 1,5 % Abschiebungshindernisse festgestellt. In den restlichen Fällen (30,3 %) erfolgten sonstige Verfahrenserledigungen wie beispielsweise die Einstellung durch Einbürgerung (vgl. Institut für Entwicklungsforschung, Wirtschafts- und Sozialplanung 2005, S. 10, 11).

Nach einem Rückgang der Zahl der Abschiebungen in den Jahren von 2000 bis 2002 stieg diese im Jahr 2003 erneut an. So wurden insgesamt 303 Asylbewerber sowie 106 weitere Ausländer abgeschoben.

Davon stammten die meisten Personen aus der Türkei, deren Anteil an allen Abschiebungen 37 % betrug. Es folgten mit 19 beziehungsweise 7 % die Herkunftsländer Kosovo und Vietnam (vgl. Institut für Entwicklungsforschung, Wirtschafts- und Sozialplanung 2005, S. 15). In den beiden saarländischen Landesgemeinschaftsunterkünften lebten im April 2004 1 607 Asylbewerber und Flüchtlinge. Diese verteilten sich mit 1 343 Personen auf die Landesaufnahmestelle in Lebach und mit 264 Personen auf Homburg, welche aber im Sommer 2004 geschlossen wurde.

Die meisten Bewohner der Landesgemeinschaftsunterkünfte (53 %) waren abgelehnte Asylbewerber mit einer Duldung. Es folgten mit 46 % Personen, die sich in einem laufenden Verfahren befanden. Der Rest der Bewohner besaß eine Aufenthaltsbefugnis oder -erlaubnis. Werden die Bewohner in den Landesgemeinschaftsunterkünften nach ihrer Herkunft differenziert, stellten das ehemalige Jugoslawien beziehungsweise Serbien und Montenegro die Hauptherkunftsländer dar. Aus der Türkei und China

stammten 18 beziehungsweise 9 %, gefolgt von Syrien, dem Irak und den ehemaligen GUS-Staaten.

Jahr	Zugänge im Saarland	Weiterleitung in andere Länder	Flüchtlinge aus Bosnien/Kosovo
1995	1 943	555	1 248
1996	1 852	365	42
1997	1 779	242	16
1998	1 782	140	7
1999	1 671	165	23
2000	1 423	108	2
2001	1 581	153	0
2002	1 243	283	1
2003	887	219	0

Zuzugszahlen Asylbewerber/innen und Flüchtlinge 1995-2003

Datengrundlage: Institut für Entwicklungsforschung, Wirtschafts- und Sozialplanung 2005, S. 9

Die Verweildauer der Asylbewerber in den Landesgemeinschaftsunterkünften umfasste bei der Mehrheit einen Zeitraum zwischen einem und fünf Jahren. Während lediglich 17 % der Asylbewerber weniger als 6 Monate dort wohnten, lebten 11 % der Personen länger als fünf Jahre in diesen Unterkünften (vgl. Institut für Entwicklungsforschung, Wirtschafts- und Sozialplanung 2005, S. 23, 26). Eine besondere Rolle spielen aber auch grenzüberschreitende Wanderungen, die durch die Lage des Saarlandes in der Großregion begünstigt werden. Verglichen mit dem Vorjahr erhöhte sich demnach die Zahl der Franzosen in 2010 um 1,6 % und die der Luxemburger um 10,2 % (vgl. Statistisches Amt Saarland 2011b, S. 1). Die Zuwanderung der Luxemburger ins Saarland ist ein relativ neuer Trend des vergangenen Jahrzehnts, der sich in den letzten Jahren verstärkte. So hat sich im Zeitraum von 2003 bis 2010 die Zahl der im Saarland lebenden Luxemburger mehr als verdreifacht (vgl. Statistisches Amt Saarland 2011d).

Hiervon ist in besonderem Maße der grenznah gelegene Landkreis Merzig-Wadern im nordwestlichen Teil des Saarlandes betroffen. Er verzeichnet seit einigen Jahren einen stetigen Anstieg von sogenannten Wohnmigranten aus Luxemburg (vgl. Frys & Nienaber 2011). Diese grenzüberschreitenden Migranten werden als „atypische Grenzgänger“ bezeichnet, da sie ihren Wohnort in das Nachbarland verlagern, aber weiterhin in ihrem Heimatland arbeiten (vgl. Beitrag Atypische Grenzgänger, Christian Wille). Bevorzugt werden meist Gemeinden entlang von günstigen Verkehrsachsen, da eine gut ausgebauten Infrastruktur entlang der Grenze die täglichen Pendlerbewegungen begünstigt (vgl. Ramm 1999, S. 111). So weist die Grenzgemeinde Perl im Landkreis Merzig-Wadern mit 26 % einen für ländliche Räume außergewöhnlich hohen Ausländeranteil auf, der vor allem durch die atypischen Grenzgänger aus Luxemburg hervorgerufen wird (vgl. Bertelsmann Stiftung o.J., Nienaber & Roos 2012, S. 97).

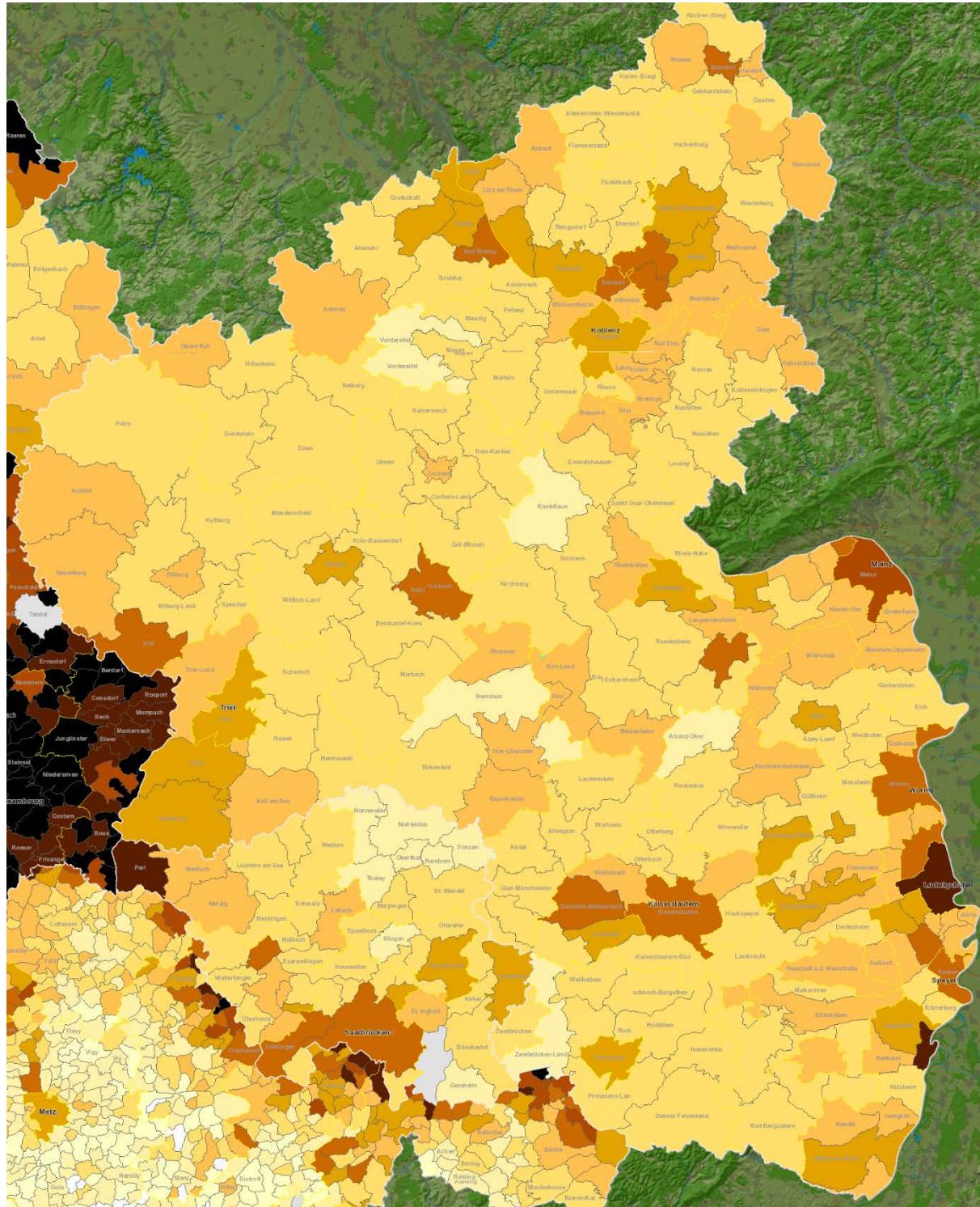


Neubaugebiet für Luxemburger im saarländischen Grenzdorf Perl mit Blick auf das benachbarte luxemburgische Moselufer
Foto: © GR-Atlas

Dies spiegelt sich auch in einer hohen Neubauquote der Nichtdeutschen wider, eine Besonderheit des atypischen Grenzgängerwesens, was auf Unterschiede im Preis- und Wohnungsmarkt zurückzuführen ist. Aufgrund der hohen Nachfrage nach Bauland sah sich die Gemeinde veranlasst, 2009 Vergaberichtlinien für die Überlassung von Wohnbaustellen zu formulieren (vgl. Gemeinde Perl 2009, S. 1). Dabei sollen in erster Linie ortsansässige Bewerber bevorzugt behandelt werden, wodurch die Identität der einzelnen Ortsteile auch zukünftig gesichert werden soll. Erst in zweiter Linie sollen auswärtige Interessenten Berücksichtigung finden, die darüber hinaus auch einen um 25 € erhöhten Quadratmeterpreis zahlen müssen (vgl. Gemeinde Perl 2009, S. 1; Gemeinde Perl o.J.)

Internationale Migranten und Migration in Rheinland-Pfalz

In den letzten sechs Jahrzehnten wies Rheinland-Pfalz mit wenigen Ausnahmen einen positiven Wanderungssaldo auf, der im Jahr 1950 einen Spitzenwert von 114 925 Personen erreichte. Bereits 1951 reduzierte sich dieser auf 41 659 Personen und pendelte bis zum Jahr 1988 zwischen Salden von -11 723 (1975) und 35 422 Personen (1952) (vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2011a, S. 37).



Internationale Migranten und Migration in der Großregion SaarLorLux, Ausländeranteile nach Gemeinden. Ausschnitt Rheinland-Pfalz und Umgebung. Quelle: GR-Atlas

Anmerkung: Die Quellenangaben beziehen sich jeweils auf alle Absätze seit der vorangehenden Angabe). Im Zeitraum von 1989 bis 1993 stiegen die Wanderungssalden auf deutlich über 40 000 Personen mit einem Höchststand von 62 928 im Jahr 1990 an (vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2011, S. 37). Zurückzuführen ist dieser starke Anstieg des Wanderungssaldos, der sich sowohl aus der Binnen- als auch der Außenwanderung zusammensetzt, unter anderem auf Umbrüche in Ostdeutschland, in Mittel- und Osteuropa sowie auf den Zuzug von Asylbewerbern und Flüchtlingen (vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2011a, S. 40).

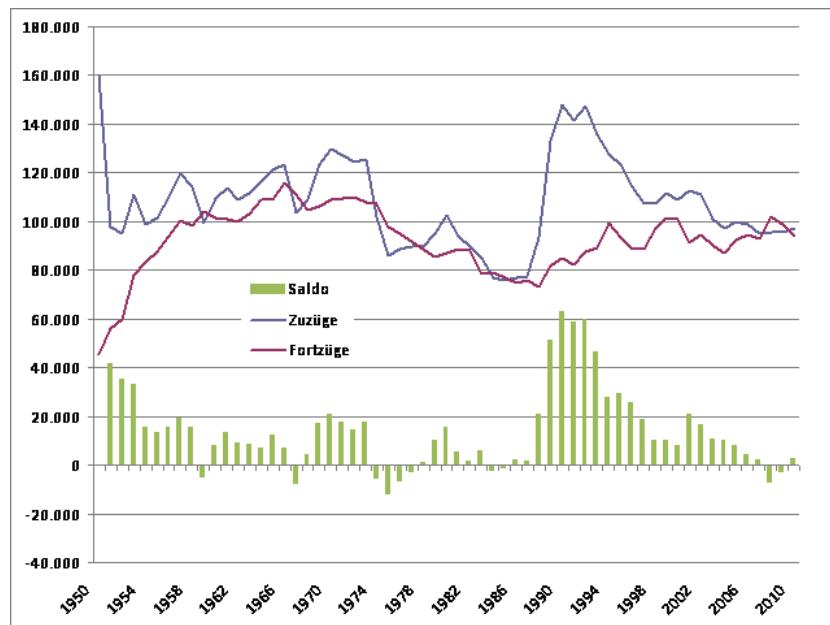
Infolge der bundesweiten Änderung des Asylrechts 1993 sanken die Zuwanderungszahlen seit 1994 mit Ausnahme der Jahre 1995 und 2001 wieder auf 2 366 Personen (2007). In den Jahren 2008 und 2009 verließen mehr Menschen Rheinland-Pfalz als zugewandert sind, sodass ein Minus von 6 645 beziehungsweise 2 813 Personen verzeichnet wurde (s. Abb. unten). 2010 konnte mit 2 839 Personen erneut wieder ein leicht positiver Saldo registriert werden, wobei die Landkreise und kreisfreien Städte unterschiedlich stark von diesem Wanderungssaldo profitierten (vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2011a, S. 37). Während die Landkreise insgesamt einen negativen Saldo mit -1 211 Personen verzeichneten, registrierten gleichzeitig die kreisfreien Städte Zuwächse von 4 050 Personen. Aber auch innerhalb der Landkreise und kreisfreien Städte existieren Differenzen. So wiesen Neustadt an der Weinstraße (-570) und Pirmasens (-95) als einzige kreisfreie Städte negative Salden auf. Gleichzeitig gab es aber auch Landkreise wie beispielsweise die Landkreise Trier-Saarburg (+406) und Mainz-Bingen (+894), die Wanderungsgewinne aufwiesen (vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2011a, S. 43). Besondere Bedeutung kommt dabei durch die atypischen Grenzgänger aus Luxemburg dem grenznah gelegenen Landkreis Trier-Saarburg zu.

Auch in Rheinland-Pfalz wurde die Veränderung der Bevölkerungszahl lange Zeit stärker durch die Wanderungsbewegungen als durch natürliche Bevölkerungsbewegungen beeinflusst. Dennoch reicht seit einigen Jahren der Wanderungssaldo nicht mehr aus, um das seit 1972 existierende Geburtendefizit auszugleichen (vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2011a, S. 23, 24, 37). Die Wanderungsgewinne ergeben sich zu einem überwiegenden Teil aus dem Zuzug von Personen aus dem Ausland, weshalb im Folgenden internationale Migrationsprozesse von ausländischen Arbeitnehmern, Aussiedlern, US-amerikanischen Truppen sowie Asylbewerbern und Flüchtlingen im Vordergrund stehen.

Nach Angabe des Statistischen Landesamts Rheinland-Pfalz (2011a, S. 7) lebten Ende 2010 308 609 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in dem Bundesland, was im Vergleich zum Vorjahr einem Anstieg um 0,7 % entsprach. Demnach lag der Ausländeranteil bei 7,7 % und damit 1,1 % unterhalb des Bundesdurchschnitts (vgl. Statistisches Bundesamt 2011, S. 26). Werden die Herkunftsgebiete der Zuwanderer betrachtet, fallen deutliche Zuwächse besonders bei Personen aus osteuropäischen Ländern auf. So zogen im Jahr 2010 5 229 Personen aus Polen über die Landesgrenze, gefolgt von 2 306 Rumänen, 1 823 Ungarn und 1 644 Bulgaren. Weitere wichtige Herkunftsländer waren mit 1 027 Personen die Türkei, mit 1 000 Personen die Vereinigten Staaten, sowie mit 964 beziehungsweise 708 Personen Italien und Luxemburg (vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2011a, S. 41).

79,6 % der im Jahr 2008 in Rheinland-Pfalz lebenden Nichtdeutschen waren im Besitz eines Passes eines Europäischen Staates. Davon kamen 38,4 % aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Union. Werden einzelne Staatsangehörigkeiten der Zugezogenen betrachtet, so besaßen im Jahr 2008 67 730 Personen die türkische Staatsangehörigkeit, was etwa einem Viertel aller Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit entsprach. Weitere wichtige Herkunftsländer waren mit jeweils 26 586 beziehungsweise 21 308 Personen Italien sowie Polen, gefolgt von der Russischen Föderation (8 348 Personen) und Frankreich (7 969 Personen). Aufgrund der Stationierung US-amerikanischer Truppen in der Region besaßen 7 023 Personen die US-amerikanische Staatsangehörigkeit. Aus Kroatien, Portugal und

Griechenland kamen jeweils rund 2,4 % der nichtdeutschen Bevölkerung, was in absoluten Zahlen jeweils etwa 7 000 Personen entsprach (vgl. Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz 2009, S. 108-109).



*Wanderungen über die Landesgrenzen von Rheinland-Pfalz 1950-2010
Datengrundlage: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2011, S. 38*

Ähnlich wie im Saarland zeigt sich auch für Rheinland-Pfalz eine ungleiche regionale Verteilung der ausländischen Bevölkerung. Mit 12,0 % war der Ausländeranteil im Jahr 2010 in den kreisfreien Städten mehr als doppelt so hoch

wie in den Landkreisen, wo der Anteil bei 5,6 % lag. Der größte Teil der ausländischen Bevölkerung verteilte sich 2010 auf die Ballungszentren Ludwigshafen (20,6 % der Gesamtbevölkerung) und Mainz (15,2 % der Gesamtbevölkerung), gefolgt von den kreisfreien Städten Frankenthal (12,0 % der Gesamtbevölkerung), Worms (11,5 % der Gesamtbevölkerung) und Speyer (10,9 % der Gesamtbevölkerung). Auf Kreisebene lebten mit einem Ausländeranteil von 8,6 % die meisten Nichtdeutschen im Landkreis Germersheim, gefolgt von Bad Kreuznach (7,1 %), Rhein-Pfalz-Kreis (6,9 %) und Ahrweiler (6,8 %). Nur einen geringen Ausländeranteil wiesen die kreisfreien Städte Neustadt an der Weinstraße, Pirmasens und Zweibrücken auf. So schwankte in diesen Städten der Anteil der Nichtdeutschen an der Bevölkerung zwischen 5,2 % in Zweibrücken und 6,3 % in Neustadt an der Weinstraße. Die mit Abstand geringsten Anteile entfielen auf die Landkreise Vulkaneifel (3,6 %), Cochem-Zell (3,5 %), Kusel (3,3 %) und die Südwestpfalz (2,5 %) (vgl. Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz 2011, S. 127-129).

Leitlinie der rheinland-pfälzischen Migrations- und Integrationspolitik ist das seit 2007 beschlossene Landesintegrationskonzept „Verschiedene Kulturen – Leben gemeinsam gestalten!“, das in Zusammenarbeit mit dem Landesbeirat für Migration und Integration erarbeitet wurde (vgl. Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz 2011, S. 11). Die Integrationspolitik zielt dabei vordergründig auf die „gleichberechtigte Teilhabe von Migrantinnen und Migranten an allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens“, die „Intensivierung des gesellschaftlichen Dialogs“ (Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz 2011, S. 89) sowie die Mitwirkung an politischen Entscheidungen.

Damit Zugewanderte und Einheimische nicht nur miteinander leben, sondern auch voneinander profitieren können, ist ein weiteres Ziel die Sensibilisierung der Gesellschaft. Es soll deutlich werden, dass Migration und Integration einerseits die aufnehmende Gesellschaft vor Herausforderungen stellen, andererseits aber auch als Chance gesehen werden können. Demnach tragen alle Bürger Verantwortung für einen erfolgreichen Integrationsprozess. Damit dieser gelingen kann, bedarf es beispielsweise einer besonderen Willkommenskultur sowie der interkulturellen Öffnung (vgl. Ministerium für Arbeit,

Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz 2007b, S. 4 & Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz 2011, S. 11).

Jahr	insgesamt	Griechenland	Italien	Ehemaliges Jugoslawien	Spanien	Türkei
1955	25 170	91	1 509	673	166	83
1960	31 233	446	5 419	1 150	497	150
1965	66 742	4 993	18 119	3 219	6 729	4 704
1970	101 100	7 382	21 600	13 805	7 694	14 163
1974	155 124	8 823	28 223	21 317	9 300	37 026

*Tabelle: Ausländer nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten von 1955 bis 1974 in Rheinland-Pfalz
Datengrundlage Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz o.J.b*

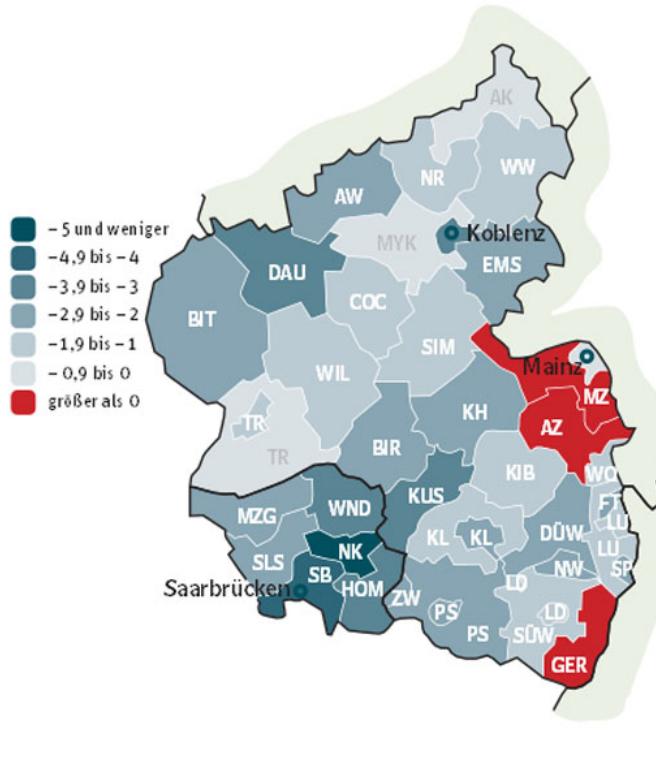
Auch in Rheinland-Pfalz kommt ab Mitte der 1950er Jahre den „Gastarbeitern“ eine wichtige Rolle zu, die entsprechend des Rotationsprinzips zunächst nur vorübergehend in Deutschland leben und arbeiten sollten. So konnte beispielsweise das Glaswerk in Mainz den schnell wachsenden Bedarf an Arbeitskräften nicht mehr decken und versuchte deshalb zunächst Arbeiter aus den damals noch wenig industriell entwickelten Ländern Italien und Spanien zu gewinnen. Aus diesem Grund kamen bereits 1960 die ersten „Gastarbeiter“ in das Glaswerk. Darunter befanden sich 263 Italiener, 76 Spanier sowie 17 Personen mit sonstiger Staatsangehörigkeit, wobei die ausländischen Arbeiter insgesamt 10 % der Belegschaft des Glaswerks in Mainz ausmachten.

Bis 1965 erhöhte sich die Zahl der ausländischen Beschäftigten auf über 900, was einem Viertel der Belegschaft entsprach. Insgesamt stammte die ausländische Belegschaft aus 23 unterschiedlichen Nationen, darunter befanden sich mehr als die Hälfte Italiener, gefolgt von über 300 Beschäftigten aus Spanien sowie unter anderem Personen aus Österreich, Griechenland, Algerien und Uruguay. Nach Abschluss des deutsch-türkischen Anwerbevertrags stieg die Anzahl der türkischen „Gastarbeiter“ in dem Mainzer Glaswerk sehr rasch, sodass kurz danach die Türkei das Hauptherkunftsland darstellte (vgl. Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz o.J.a).

Nach einer Wachstumsphase von 1955 bis 1974 (s. Tabelle oben) schloss sich bis 1979 eine Phase an, in der die Zahl der in Rheinland-Pfalz lebenden volljährigen Personen aus den früheren Anwerbeländern deutlich sank. Entsprechend war 1979 der Anteil der hier beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer etwa ein Viertel niedriger als vor dem Anwerbestopp im Jahr 1973. Dennoch betrug der Anteil der „Gastarbeiter“ mit einer Gesamtzahl von 103 138 Personen am 30.09.1979 69,5 % an der ausländischen Wohnbevölkerung. Besonders starke Rückgänge wurden bei Personen aus Spanien (-44,8 %), Griechenland (-26,2 %) und dem ehemaligen Jugoslawien (-18,9 %) verzeichnet. Deutliche Zuwächse von 27 % wurden dagegen bei der türkischen Bevölkerung zwischen 1973 und 1979 beobachtet. Differenziert nach Staatsangehörigkeiten lebten am 30.09.1979 unter anderem 43 059 Personen aus der Türkei, gefolgt von 26 277 Personen aus Italien und 17 123 Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien in Rheinland-Pfalz (vgl. Ministerium für Soziales, Gesundheit und Umwelt 1981, S. 2, 8-10).

Eine weitere wichtige Migrantengruppe stellen die Aussiedler dar. Seit Anfang der 1980er Jahre haben sich insgesamt rund 160 000 Personen in Rheinland-Pfalz niedergelassen, die nach dem Gesetz als Aussiedler oder Spätaussiedler gelten (Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz 2009, S. 113). Nach einem starken Anstieg der Zuwanderung Anfang der 1990er Jahre, der Spitzenwert von über 20 000 Aussiedlern wurde im Jahr 1990 erreicht, ist die Zuwanderung seit

dieser Zeit durchgängig rückläufig und dieser Trend wird sich vermutlich auch zukünftig fortsetzen. Die am 01. Januar 2005 eingeführten weiteren Aufnahmeveraussetzungen wie beispielsweise die Einführung des Nachweises von Grundkenntnissen der deutschen Sprache stellen einen zentralen Grund für den erneuten Rückgang der Zuzugszahlen seit 2006 dar. Entsprechend reduzierte sich die Zahl der einreisenden Spätaussiedler in den Jahren 2007 und 2008 auf 281 beziehungsweise 208 Personen.



Natürliche Saldorate Rheinland-Pfalz und Saarland in Promille im Jahr 2001

Quelle: Kröhnert, S., Van Olst, N. Klingholz, R. 2005, S. 70

Bis zum Jahr 2010 sank die Zahl weiter auf 106 Personen. Das wichtigste Herkunftsland war die Russische Föderation (vgl. Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz 2009, S. 114 & Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz 2011, S. 116). Laut Mikrozensus lebten im Jahr 2009 etwa 152 000 Spätaussiedler in Rheinland-Pfalz, wobei sich regionale Unterschiede zeigen (vgl. Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz 2011, S. 116). So verzeichnete der Regierungsbezirk Trier in der Zeit von 1989 bis 2005 eine Zuwanderung von etwa 14 000 Personen mit russlanddeutschem Migrationshintergrund.

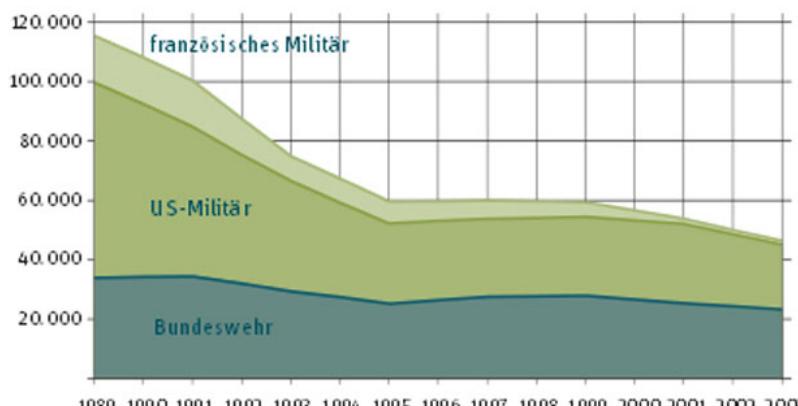
Ähnliche Aufnahmekototen galten für die Stadt Trier, die Landkreise Bernkastel-Wittlich, Bitburg-Prüm und Trier-Saarburg (vgl. Vogelgesang 2008, S. 63). Da in der Region Daun mehr Übergangswohnheime als in den übrigen Regionen für die Aufnahme von Aussiedlern zur Verfügung stehen, war die Aussiedlerrate in dem genannten Zeitraum in dieser Region deutlich höher (vgl. Vogelgesang 2008, S. 63).

Laut einer von Vogelgesang zitierten Mitarbeiterin eines privaten Bildungsträgers unterliegen die Zuwanderungszahlen „starken saisonalen Schwankungen“ (Vogelgesang 2008, S. 63). Neben den saisonalen Schwankungen zeigen sich mit einem Blick auf die Aussiedlerstatistik aus dem Jahr 2003 auch regionale Unterschiede. Demnach weist der Landkreis Bernkastel-Wittlich die höchste Jahresquote an Aussiedlern auf, es folgen die Stadt Trier und der Landkreis Trier-Saarburg. Als Folge einer „Kompressionsstrategie“ (Vogelgesang 2008, S. 63) nahm der Landkreis Daun im Jahr 2003 die wenigsten Aussiedler auf, „um die über zwei Jahrzehnte zu beobachtende Überquotierung wieder auf ein Normalmaß im Vergleich mit den anderen Landkreisen des Regierungsbezirks zurückzuführen“ (Aussage eines Jugendmigrationsdienstmitarbeiters, zitiert nach Vogelgesang 2008, S. 63).

Besonders in der Stadt Trier spielen jüdische Zuwanderer aus den GUS-Staaten, sogenannte „jüdische Kontingentflüchtlinge“, eine wichtige Rolle, die fast ausschließlich nach dem „Prinzip der Kettenmigration“ in größere Orte oder Städte mit einer jüdischen Gemeinde ziehen (vgl. Vogelgesang 2008, S. 64). Weitere „regionale Ansiedlungsschwerpunkte sind u.a. die Stadt Andernach, der Rhein-Hunsrück-

Kreis, der Westerwaldkreis, die Kreise Bitburg-Prüm, Daun und Kusel sowie die Städte Kaiserslautern und Speyer“ (Landesjugendhilfeausschuss 2002, S. 1 & vgl. auch Köppen & Müller 2012, S. 126). Einen beachtlichen Anteil an der Zuwanderung hatten auch Ende der 1980er und Mitte der 1990er Jahre Asylsuchende, die aufgrund der Umbrüche und Kriege in Mittel- und Südosteuropa zu hohen Flüchtlingszahlen führten. Entsprechend der 1993 in Kraft getretenen Änderung des Asylgrundrechts, deren Ziel eine Reduzierung der Zugänge von Asylsuchenden war, sind die Zahlen stark zurückgegangen.

Im Jahr 2010 gingen 2 075 Asylanträge ein, was einer Zunahme von 750 Anträgen im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Diese Zunahme ist der starken Zuwanderung von Asylsuchenden aus Afghanistan, Serbien, Iran, Mazedonien und Somalia sowie der weiterhin hohen Zuwanderung aus dem Irak geschuldet (vgl. Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz 2011, S. 117-118). Gründete sich die Anwesenheit fremder Streitkräfte in Deutschland ursprünglich auf das Besetzungsrecht, so bilden das NATO-Truppenstatut von 1951 und das Aufenthaltsabkommen von 1954 die spätere gesetzliche Grundlage für den weiteren Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik. „Seitdem wurden zusätzliche Vereinbarungen wie das Zusatzprotokoll zum NATO-Truppenstatut, die deutsch-amerikanische Vereinbarung über die Stationierung von Atomwaffen oder das Streitkräfteaufenthaltsgesetz beschlossen, die die Rechte und Pflichten der ausländischen Streitkräfte und der Bundesregierung festlegen.“ (Deutscher Bundestag 2011, S. 1)



Truppenabbau in Rheinland-Pfalz seit 1989
Quelle: Kröhnert, S., Van Olst, N. & Klingholz, R. 2005, S. 70, nach Konversionsbericht 2000/2001 der Landesregierung Rheinland-Pfalz

Von besonderer Bedeutung speziell für Rheinland-Pfalz sind die ausländischen Stationierungskräfte sowie deren Angehörige, da sie in der Vergangenheit verschiedene Regionen in

Rheinland-Pfalz vor allem wirtschaftlich stark beeinflusst haben. Aufgrund ihres Status zählt diese Gruppe jedoch nicht als „Ausländer“ (vgl. Kröhnert, van Olst & Klingholz 2005, S. 68 & Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz 2007a, S. 57). Wegen seiner strategisch günstigen Lage in der Grenzregion zu Frankreich, Belgien und Luxemburg wurde Rheinland-Pfalz nach dem Ende des Besetzungsstatus zu einem wichtigen Nato-Stützpunkt. Zeitweise waren bis zu 115 000 Nato-Soldaten in Rheinland-Pfalz stationiert, so dass es das Bundesland mit der höchsten Truppenkonzentration in der alten Bundesrepublik war.

Durch den Truppenabbau nach Ende des Kalten Kriegs gingen 81 000 militärische sowie 24 000 zivile Stellen verloren. Betroffen von dem Truppenabzug waren beispielsweise die Städte Pirmasens und Zweibrücken. So waren vor Ende des Kalten Kriegs in Pirmasens 3 500 Soldaten der US-amerikanischen Truppen stationiert. Durch den Abzug Anfang der 1990er Jahre verließen einschließlich der Angehörigen rund 10 000 Menschen die Stadt (vgl. Kröhnert, van Olst & Klingholz 2005, S. 68, 70).



*Ehemalige Wohngebäude
amerikanischer Soldaten
am ehemaligen Militärflug-
hafen Hahn (Hunsrück)
Foto: Florian Decker cc (be-
arbeitet)*

Laut Zuwanderungs- und Integrationsbericht der Landesregierung 2005-2006 lebten in diesem Zeitraum insgesamt 68 569 Angehörige ausländischer Streitkräfte und Zivilbeschäftigte inklusive ihrer Familien in

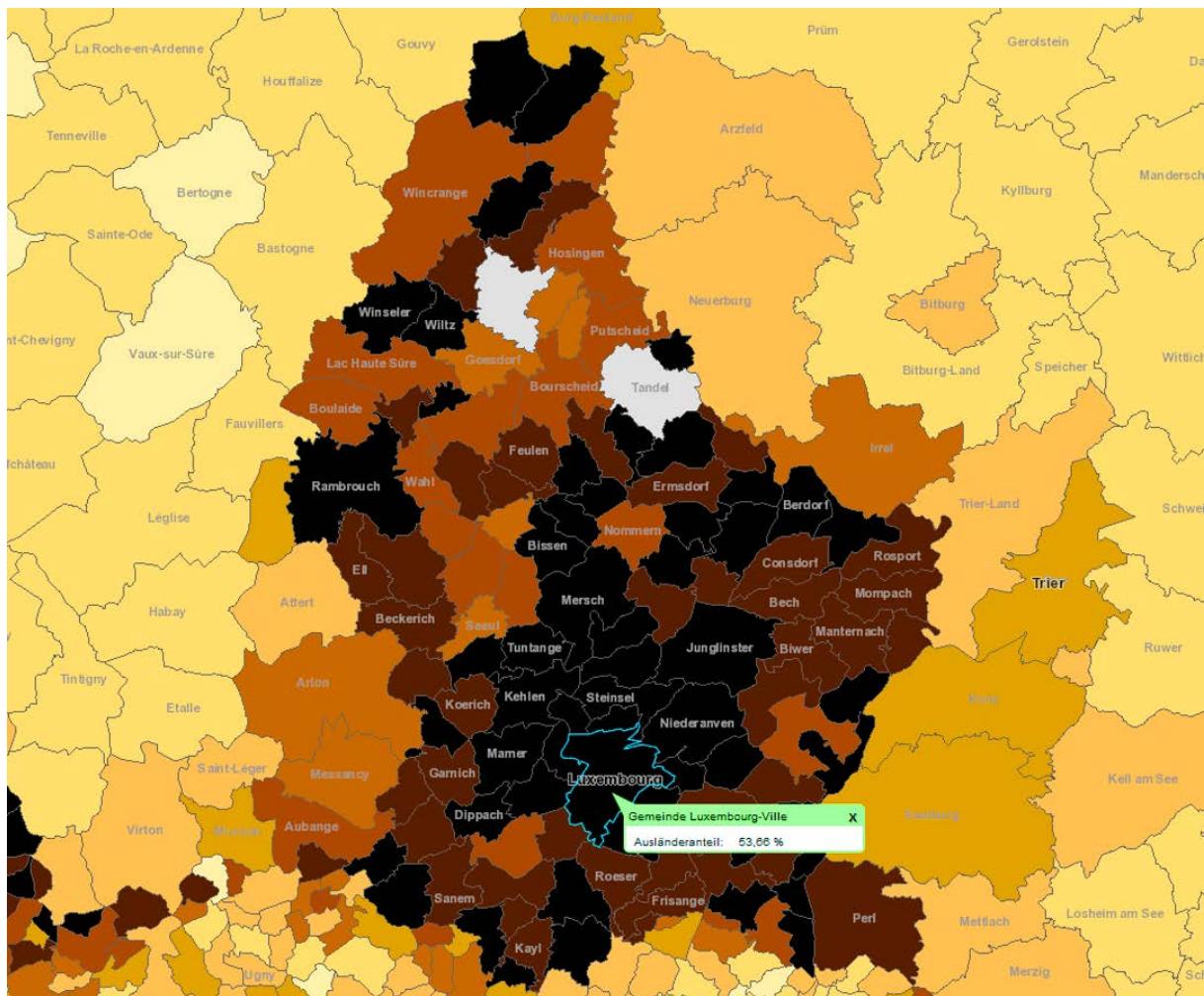
Rheinland-Pfalz. Darunter waren 27 808 US-Soldaten und Zivilbeschäftigte (Stand: Ende 2006), 1 161 Soldaten der französischen Streitkräfte und Zivilbeschäftigte (Stand: Ende 2005) sowie 39 000 Familienangehörige der US-Soldaten und 600 Angehörige französischer Soldaten. Dies entspricht einer Quote von 22 % aller damals in Deutschland stationierten US- sowie 30 % aller französischen Streitkräfte. Zentrum der französischen Streitkräfte war Saarburg. Bei den drei größten der elf Standorte der amerikanischen Truppen handelte es sich um Ramstein und Spangdahlem sowie Baumholder (vgl. Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz 2007a, S. 57).

Auch in Rheinland-Pfalz haben in den letzten Jahren die atypischen Grenzgänger aus Luxemburg an Bedeutung gewonnen. So hat sich der Anteil der Luxemburger an der Bevölkerung 2008 im Vergleich zu dem Jahr 2004 von 0,8 % auf 1,6 % verdoppelt. Des Weiteren stellte Luxemburg im Jahr 2008 mit einem Wanderungssaldo von +851 Personen das mit Abstand wichtigste Nettozuwanderungsland dar (vgl. Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz 2009, S. 108, 113). Räumlich betrachtet konzentriert sich die luxemburgische Bevölkerung auf die grenznah zu Luxemburg gelegenen Landkreise Trier-Saarburg (2 190 Personen im Jahr 2010), Bitburg-Prüm (1 754 Personen im Jahr 2010) sowie auf die kreisfreie Stadt Trier (538 Personen im Jahr 2010) (vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2011b). Eine beispielhafte Betrachtung des Landkreises Trier-Saarburg zeigt, dass zunächst besonders die Gemeinden in unmittelbarer Nähe zur luxemburgischen Grenze ein besonders hohes Bevölkerungswachstum erfahren haben (vgl. Geyer 2009, S. 28).

Später setzte sich dieser Trend auch in den „vermeintlich schlechter zu erreichenden Gemeinden“ (Geyer 2009, S. 28) durch. Aufgrund der starken Zuwanderung von atypischen Grenzgängern stiegen im Landkreis Trier-Saarburg im Zeitraum von 1992 bis 2006 die Baulandpreise um über 300 % von 20 € auf 69 € je Quadratmeter, was immer noch deutlich günstiger ist als in Luxemburg, wo sich der Quadratmeterpreis Ende der 1990er Jahre von 68,74 € auf 152,26 € (2002) erhöhte (vgl. Geyer 2009, S. 45).

Internationale Migranten und Migration in Luxemburg

Luxemburg weist in den vergangenen vier Jahrzehnten einen positiven Wanderungssaldo auf, der sich sowohl aus der Binnen- als auch der Außenwanderung zusammensetzt und mit 7 700 Personen im Jahr 2008 am größten ausfiel (s. 1. Abb.). Während 1967 ein negativer Saldo (-389) mit Wanderungsverlusten vor allem bei der italienischen Bevölkerung verzeichnet wurde, erhöhte sich die Zahl der Zuwanderungen innerhalb kurzer Zeit, so dass bereits 1970 ein positiver Saldo von 1 091 Personen registriert wurde. Seit dieser Zeit übersteigt die Zahl der Zuwanderungen die der Abwanderungen, so dass Salden von 3 092 Personen (1990) deutlich überschritten wurden und sich seit 2007 bei Werten zwischen 6 000 und 7 700 Personen eingependeln.

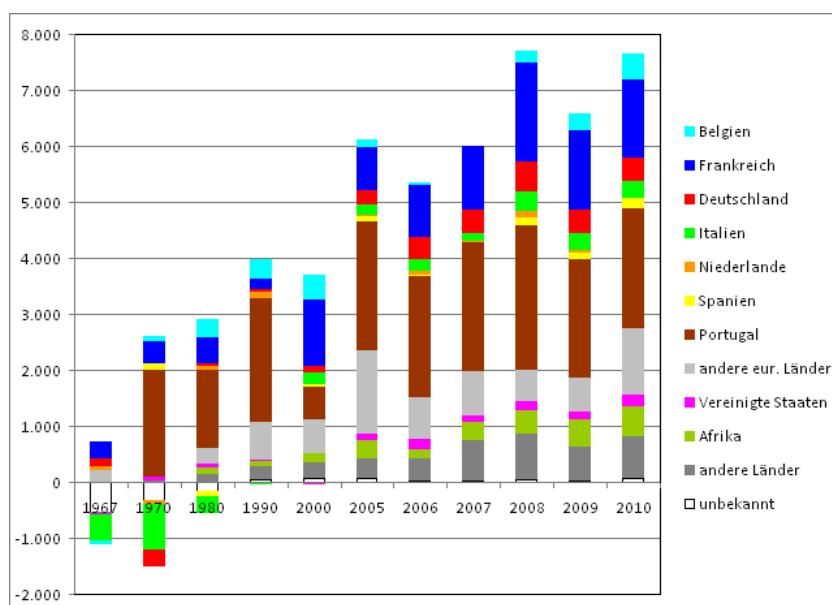


Internationale Migranten und Migration in der Großregion SaarLorLux, Ausländeranteile nach Gemeinden. Ausschnitt Luxemburg und Umgebung. Quelle: GR-Atlas

Besonders hoch sind seit den 1970er Jahren die Wanderungsgewinne bei Personen aus Portugal. Lagen diese im Jahr 1970 bei 1 913 Personen, bewegen sie sich seit 2005 zwischen Werten von 2 114 (2009) und 2 584 (2008) Personen. Seit dem Jahr 2000 kommt den Zuwanderern aus Frankreich eine verstärkte Bedeutung zu, deren Wanderungssaldo von +184 Personen im Jahr 1990 auf +1 769 Personen im Jahr 2008 anstieg. Ein großer Teil der Wanderungsgewinne wird demnach durch die Zuwanderung aus europäischen Staaten hervorgerufen. So entfielen beispielsweise im Jahr 2010 etwa 80 % aller Zuwanderungsgewinne auf europäische Länder (Statec, o.J. Anmerkung: Die Quellenangaben beziehen sich jeweils auf alle Absätze seit der vorangehenden Angabe).

In den Jahren von 1981 bis 2010 erhöhte sich die Einwohnerzahl Luxemburgs von 364 850 auf 502 066 Personen, was mit einem starken Wachstum der ausländischen Bevölkerung um rund 230 % auf insgesamt 216 345 Personen einherging (s. 2. Abb. und Tabelle unten). Dementsprechend stieg der Ausländeranteil von 25,9 % im Jahr 1981 auf einen Höchststand von 43,7 % im Jahr 2009 an. 2010 sank der Ausländeranteil leicht auf 43,1 % ab (vgl. Statec 2011, S. 93). Wird die nichtluxemburgische Bevölkerung hinsichtlich der Staatsangehörigkeit differenziert, spiegeln sich darin die bei den Wanderungssalden genannten wichtigsten Herkunftsländer wider. So stellen mit einem Anteil von 37 % die Portugiesen die größte Gruppe an der ausländischen Bevölkerung, gefolgt von Franzosen mit 14 % sowie Italienern, Belgiern und Deutschen (vgl. Service information et presse du gouvernement luxembourgeois 2014).

Deutlich höher fällt der aktuelle Ausländeranteil mit etwa 68 % in der Hauptstadt aus (vgl. Service information et presse du gouvernement luxembourgeois 2014). Die Personen ausländischer Staatsangehörigkeit verteilen sich nicht gleichmäßig über die gesamte Stadt, sondern konzentrieren sich auf verschiedene Viertel. Zu den Vierteln mit den höchsten Ausländerquoten gehören das Bahnhofsviertel, der Kirchberg und Hollerich (vgl. Fehlen o.J., S. 5). Während die Portugiesen in der Regel im Bahnhofsviertel, in Bonnevoie Sud, Gasperich, Eich, Weimerskirch, Grund, Clausen und der Pulvermühle wohnen, ziehen die nichtluxemburgischen Angestellten und wohlhabenderen Personengruppen eher die Viertel auf den Hochflächen der Hauptstadt vor, so vor allem den Limpertsberg, den Kirchberg oder Belair (vgl. Institut für Regionale Sozialforschung 2008, S. 10, 76). Während das Bahnhofsviertel mit 82 % den höchsten Ausländeranteil aufweist, gibt es nur noch drei Stadtteile, die überwiegend von Luxemburgern bewohnt werden: Cents, Hamm und Cessingen (vgl. Fehlen o.J., S. 5).



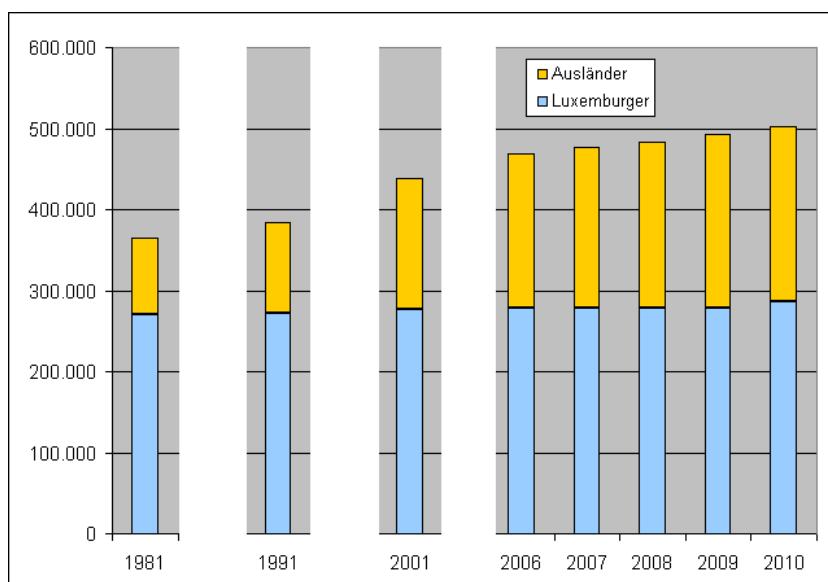
*Wanderungssaldo nach Herkunftsländern 1967-2010 (absolute Zahlen)
Datengrundlage: Statec o.J.*

Im Jahr 2006 wurden ebenfalls in den Kommunen Differdange und Esch, die sich an der Grenze zu Frankreich befinden, sowie in Larochette und Strassen Ausländeranteile zwischen 50 und 65 % gemessen. Mit Anteilen zwischen 40 und 50 % weisen die Kommunen

die sich im direkten Umfeld zur Hauptstadt befinden, aber auch grenznahe Kommunen, wie beispielsweise Remich, Echternach, Vianden, Weiswampach und Pétange sowie weitere Gemeinden leicht geringere Ausländeranteile auf. Deutlich geringere Werte verzeichneten vor allem Kommunen im nördlichen Teil des Landes, wo die meisten der Kommunen Ausländeranteile zwischen 20 und 30 % aufwiesen. Mit einem Anteil von 10 bis 20 % war die Zahl der Nichtluxemburger in den Kommunen Saeul, Vichten, Wahl, Goesdorf, Hoscheid sowie Conthum im Jahr 2006 am geringsten (vgl. SESOPI-Centre Intercommunautaire asbl 2007, S. 12).

Die Migrationsprozesse in Luxemburg können historisch betrachtet in unterschiedliche Phasen eingeteilt werden, die eng mit der wirtschaftlichen Entwicklung zusammenhängen. Vor dem Hintergrund, dass bis 1914 zahlreiche Luxemburger nach Frankreich und Amerika auswanderten, musste als Folge der industriellen Revolution auf ausländische Arbeitskräfte zurückgegriffen werden. So stieg in der Zeit von 1875 bis 1910 der Ausländeranteil von 3 auf 15 % (vgl. Scuto 2009, S. 343-344). Ab Ende des 19. Jahrhunderts wurde auch in Luxemburg ein Verwaltungs- und Polizeiapparat zur Umsetzung von migrationspolitischen Gesetzen aufgebaut. Es schlossen sich mit Beginn des 20. Jahrhunderts strukturelle Integrationsmaßnahmen wie beispielsweise die Einbindung der ausländischen Bevölkerung in Sozialsysteme und Bildung an (vgl. Scuto 2009, S. 344). Verbunden mit dem 1. Weltkrieg ging die liberale Migrationspolitik zu Ende und wurde durch ein protektionistisches System ersetzt. Im Jahr 1920 wurde ein „Gesetz zur Eindämmung des übertriebenen Zustroms von Ausländern auf das Gebiet des Großherzogtums“ (Memorial des Großherzogtum Luxemburg, zitiert nach Scuto 2009, S. 345) erlassen.

Dennoch stieg der Ausländeranteil aufgrund des wirtschaftlichen Aufschwungs bis 1930 erneut auf 19 % an, ehe dieser durch die Weltwirtschaftskrise auf 13 % sank. Zu diesem Zeitpunkt stellten Personen deutscher Staatsangehörigkeit nahezu die Hälfte der ausländischen Bevölkerung (vgl. Scuto 2009, S. 345). Nach dem Ende des 2. Weltkriegs kam die Zuwanderung von Migranten aus Deutschland zum Erliegen, welche erst durch die Niederlassung der deutschen Banken in den 1970er Jahren wieder anstieg. Zusätzlich wurden nach dem Weltkrieg Arbeiter im Bau- und Landwirtschaftssektor benötigt, da Luxemburg schwer unter den Folgen der deutschen Ardennenoffensive vom Dezember 1944 litt. Die höheren Löhne, die im Industriesektor bezahlt wurden, haben dazu geführt, dass dieser größtenteils den Luxemburgern selbst vorbehalten blieb, so dass in der Stahlindustrie der Anteil der eingewanderten Arbeiter seit den 1920er Jahren abgenommen hat.



*Entwicklung der Gesamtbevölkerung Luxemburgs, der Luxemburger und der Ausländer von 1981-2010
Datengrundlage: Statec 2011, S. 93*

Aufgrund der fehlenden Arbeitskräfte warb die Regierung seit 1945 um ausländische Arbeitnehmer aus Italien, wobei sie mit der dortigen Regierung aneckte, welche ihr vorwarf, die Werte der Italiener unter

dem Vorwand zu beschlagnahmen, sie seien Faschisten gewesen. Weiterhin forderte Italien Arbeitsverträge mit einer Laufzeit von zwei Jahren, um den Auswanderern eine relative Beschäftigungsstabilität zuzusichern, während die luxemburgische Regierung die Arbeitserlaubnisse auf sechs Monate beschränken wollte. So trat erst 1948 das erste bilaterale Arbeiterabkommen in Kraft, das bis 1957 regelmäßig erneuert wurde. Laut dieses Vertrages durfte nur ein vorher definiertes Kontingent an Arbeitern, die in Italien rekrutiert und eingestellt wurden, nach Luxemburg kommen. Ebenso waren nur zeitlich begrenzte Arbeitsverträge möglich, die aber verlängert werden konnten (vgl. Pauly 2010, S. 67).

Pauly (2010, S. 67-68) beschreibt die luxemburgische Einwanderungspolitik der 1950er Jahren als restriktiv, so dass sie im Gegensatz zu dem realen Bedarf der luxemburgischen Wirtschaft nach ausländischen Arbeitskräften stand. So verlangte Luxemburg sowohl beim Vertrag von Paris zur Montanunion (1951), beim Vertrag von Rom zur Einsetzung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (1957) sowie anlässlich des Beitritts Spaniens und Portugals zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (1985) und beim Vertrag von Maastricht zur Gründung der Europäischen Union (1991) eine Sonderregelung, um das Inkrafttreten der Arbeitnehmerfreizügigkeit zu verzögern. Jedoch trat Luxemburg jedes Mal vorzeitig von dieser Sonderregelung zurück. Im Laufe der 1950er Jahre ebbte die Einwanderung aus Italien ab, da die ausländischen Arbeitnehmer entweder aufgrund von höheren Löhnen nach Deutschland und in die Schweiz wanderten oder in Italien blieben. Daraufhin lockerte die Regierung die Einwanderungsbestimmungen mit Italien, was jedoch kaum Wirkung zeigte, da zudem derartige bilaterale Abkommen seit 1961 hinfällig waren.



Der portugiesisch-luxemburgische Freundschaftsverein besteht seit 1969
Quelle: APL

Seit Mitte der 1960er Jahre verzeichnete Luxemburg eine verstärkte Einwanderung aus Portugal, was mit ökonomischen und politischen Gründen wie dem Militärdienst sowie Kolonialkriegen verbunden war. Das Arbeitsabkommen mit Portugal aus dem Jahr 1970 sah im Gegensatz zu dem ehemaligen Jugoslawien eine direkte Familienzusammenführung vor. Dies hing damit zusammen,

Seit Mitte der 1960er Jahre verzeichnete Luxemburg eine verstärkte Einwanderung aus Portugal, was mit ökonomischen und politischen Gründen wie dem Militärdienst sowie Kolonialkriegen verbunden war. Das Arbeitsabkommen mit Portugal aus dem Jahr 1970 sah im Gegensatz zu dem ehemaligen Jugoslawien eine direkte Familienzusammenführung vor. Dies hing damit zusammen, dass Luxemburg die Einwanderung von „Weißen“ und Katholiken favorisierte (vgl. Pauly 2010, S. 68). Beschäftigung fanden die aus Portugal stammenden Arbeitnehmer hauptsächlich in den Bereichen Bau, Reinigung sowie häuslichen Dienstleistungen. Dennoch hatten sie kaum Kontakt zu der einheimischen Bevölkerung. Auch führten die geringe Schulbildung und der Mangel an günstigem Wohnraum zu Problemen.

Gleichzeitig entwickelte sich eine zweite Einwanderungsgruppe, der Führungskräfte aus dem Finanzsektor sowie Funktionäre europäischer und anderer internationaler Institutionen angehörten, sodass in Luxemburg das Modell der „doppelten Immigration“ beobachtet werden konnte. Ein weiteres Phänomen im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts, was bisher noch kaum analysiert wurde, ist die wachsende Zahl kleiner und mittlerer Unternehmen, die von Personen ausländischer Staatsangehörigkeit geführt werden. Die Zahl dieser Unternehmen hat sich im Zeitraum von 1971 bis 1991 verdreifacht, wobei Pauly offen lässt, ob es sich dabei um ein Zeichen des sozialen Aufstiegs unter der ausländischen Bevölkerung oder um die Ankunft eines neuen Migrationstyps handelt (vgl. Pauly 2010, S. 69).

Im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts kam es Luxemburg zum Übergang vom industriellen in das postindustrielle Zeitalter, was mit einem Bedeutungsverlust der Stahlindustrie und einem Aufstieg des Finanzsektors verbunden war (vgl. Pauly 2010, S. 69). Dies verursachte eine weitere Wanderungswelle sowie eine Diversifizierung der Immigranten. Besonders die Zahl der hochqualifizierten Migranten aus den nördlichen Ländern der Europäischen Union, Nordamerika, Afrika und Japan stieg deutlich (vgl. Willems, Milmeister, Hartmann-Hirsch & Kollwelter 2009, S. 170).

Eine wichtige Rolle zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs stellen heute die grenzüberschreitenden Pendler dar (vgl. Pauly 2010, S. 70). Das Grenzpendlerphänomen kann als Ergebnis des stärkeren wirtschaftlichen Wachstums Luxemburgs und des höheren Gehaltsniveaus im Vergleich zu den Nachbarländern gesehen werden (vgl. Willems, Milmeister, Hartmann-Hirsch & Kollwelter 2009, S. 174). Während der Anteil der Grenzgänger an den im Großherzogtum beschäftigten Arbeitnehmern im Jahr 1980 bei 9 % lag, stieg dieser 2007 auf 42,5 % an (Graphik s. Link, S. 102). Demnach pendelten im Jahr 2007 täglich 133 400 Grenzgänger nach Luxemburg, von denen 51 % aus Frankreich, 26 % aus Belgien sowie 23 % aus Deutschland kamen (Wille 2007, S. 48).

Auch zukünftig wird mit steigenden Zahlen der Grenzgänger gerechnet. Einerseits wird das Phänomen der Grenzgänger von den Luxemburgern als Notwendigkeit für das wirtschaftliche Wachstum und zum Erhalt des eigenen Wohlstandsniveaus gesehen. Andererseits werden auch Einstellungen öffentlich, die das Phänomen als Gefährdung der luxemburgischen Sprache sowie der Kultur und damit als eine „Bedrohung“ der Identität einschätzen (vgl. Wille 2007, S. 49 & Wille 2011, S. 112). Dennoch herrscht im Großherzogtum seit Beginn der 1980er Jahre ein „ausländerfreundliches Staatscredo“ (Scuto 2009, S. 348). Zusätzlich wird versucht, Personen ausländischer Staatsangehörigkeit in wichtige Institutionen des Aufnahmelandes einzubinden, um die Integration voranzubringen (vgl. Scuto 2009, S. 348).

	1981	1991	2001	2006	2007	2008	2009	2010
Gesamtbevölkerung	364 850	384 400	439 000	469 100	476 200	483 800	493 500	502 066
Luxemburger	270 500	271 350	277 000	277 800	277 900	277 900	277 991	285 721
Ausländer	94 350	113 050	162 000	191 300	198 300	205 900	215 509	216 345
Ausländeranteil (in %)	25,9	29,4	37,3	40,8	41,6	42,6	43,7	43,1

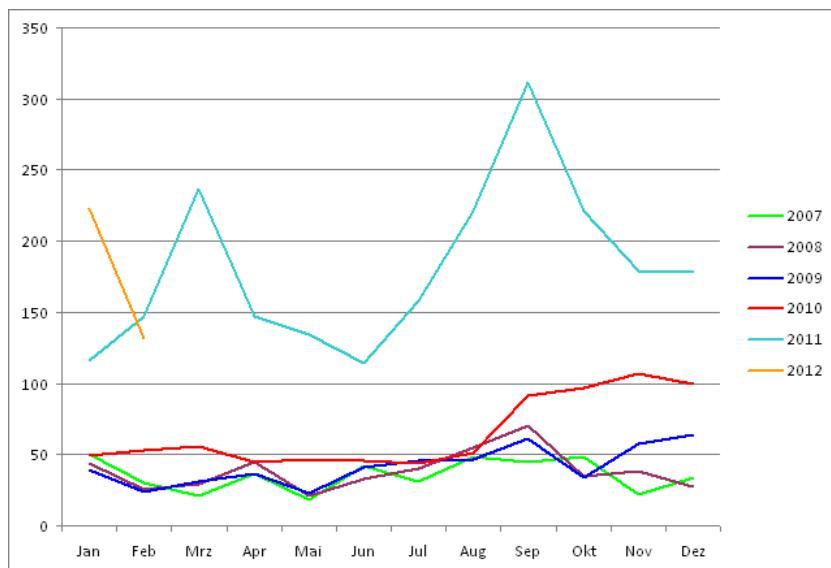
*Tabelle: Entwicklung der Gesamtbevölkerung, der Luxemburger und Ausländer von 1981-2010
Datengrundlage: Statec 2011, S. 93*

Im Jahr 2008 erfolgte eine Abstimmung im Parlament über ein Immigrationsgesetz, das auf die „Schaffung einer modernen Immigrationspolitik [zielt], die es dem Land einerseits erlaubt, wirtschaftlich wettbewerbsfähig zu bleiben, und andererseits der langjährigen Tradition des Großherzogtums als Einwanderungsland Rechnung trägt.“ (Rapport de la Commission des Affaires étrangères et européennes, de la Défense, de la Coopération et de l’Immigration sur le projet de loi n° 5802, du 3 juillet 2008, zitiert nach Scuto 2009, S. 349)

Seit den 1990er Jahren erreichen verstärkt auch Asylsuchende aus Afrika und den Balkanstaaten Luxemburg (vgl. Pauly 2010, S. 70). Durch den Wegfall der Visums-Pflicht im Dezember 2009 für die Westbalkan-Staaten Serbien, Montenegro, Kosovo und Mazedonien haben sich in Luxemburg die Asylbewerberzahlen wieder deutlich erhöht. Während im Zeitraum von 2005 bis 2006 jährlich zwischen 524 und 799 Personen Asyl beantragten, stieg im Jahr 2011 die Zahl der Anträge auf 2 150 an (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2006, S. 27 & Eurostat 2012, S. 2). Darunter stammten unter anderem 44 % aus Serbien, 21 % aus Mazedonien sowie 6 % aus dem Kosovo. Insgesamt wurden in erster

Instanz 2011 1 015 Entscheidungen getroffen. Lediglich 35 Anträge wurden aufgrund des Flüchtlings- schutzes (30 Anträge) und des subsidiären Schutzes (5 Anträge) positiv begutachtet, so dass 980 Anträge abgelehnt wurden (vgl. Eurostat 2012, S. 3).

Gingen im Januar 2012 noch 223 Asylanträge ein, reduzierte sich diese Zahl im Februar um 91 auf 132 Bewerber (s. Abb. 5). Zu den Hauptherkunftsländern zählten Serbien (34 Personen), Mazedonien (20 Personen) und der Kosovo (16 Personen). Aus Montenegro und Albanien stammten beispielsweise jeweils 13 Personen, 7 aus dem Irak, 5 aus Libyen sowie 3 aus Tunesien. Von den 132 im Februar 2012 gestellten Anträgen wurden lediglich zwei positiv beschieden (vgl. Ministère des Affaires étrangères 2012, S. 2, 4-5).



Asylbewerber in Luxemburg 2007-2012
Datengrundlage: Ministère des Affaires étrangères 2012, S. 2

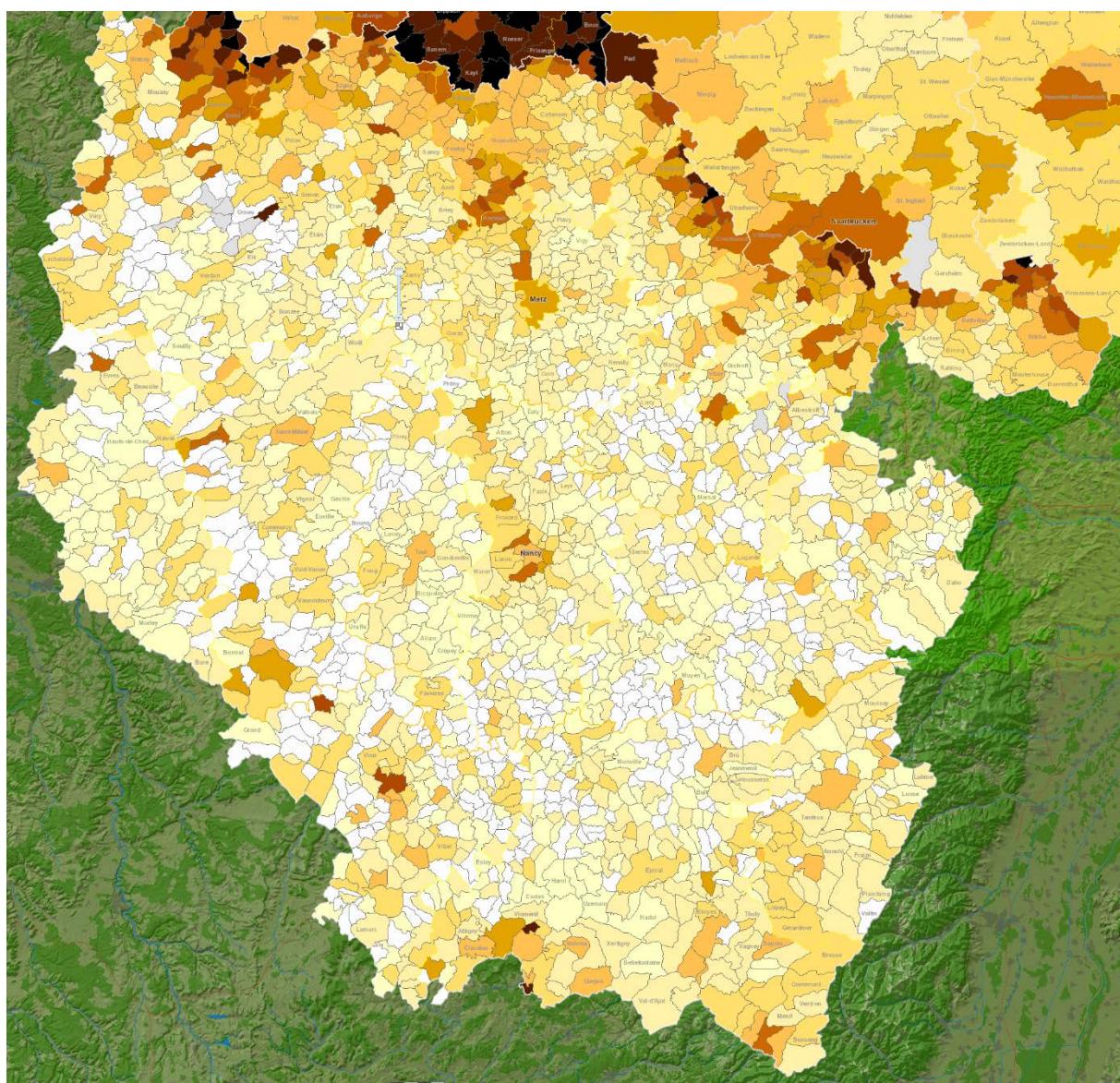
Da es in Luxemburg keine zentrale Aufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge und Asylbewerber gibt, verhandelte die Regierung im Jahr 2012 mit einzelnen Gemeinden über die Aufnahme von Asylbewerbern.

Als unverbindlicher Richt-

wert sollen die Gemeinden 4 Asylbewerber je 1 000 Einwohner aufnehmen. Im März 2012 hatten bereits 76 von 106 Gemeinden einer Aufnahme von Asylbewerbern zugestimmt. Während die Gemeinden für die Unterbringung verantwortlich sind, stellt die Regierung die finanziell notwendigen Mittel zur Verfügung. 2012 sollen sowohl die Geld- als auch die Sachleistungen für Asylbewerber gekürzt werden, um diese unter anderem an das Niveau der Nachbarländer anzupassen. Darüber hinaus können sich Asylbewerber an gemeinnützigen Tätigkeiten beteiligen, die auf 10 Stunden pro Woche begrenzt sind und mit 2 Euro pro Stunde vergolten werden (vgl. Le Gouvernement du Grand-Duché du Luxembourg 2012).

Internationale Migranten und Migration in Lothringen

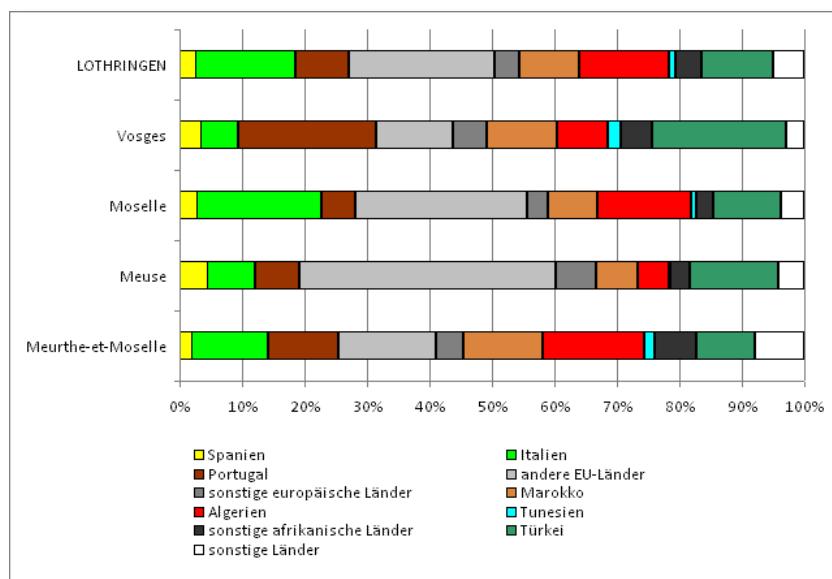
Obwohl Lothringen die jüngste Population der Großregion aufweist, stagnieren die Bevölkerungszahlen. Lebten 1970 2 308 000 Personen in Lothringen, stiegen die Zahlen bis Anfang der 2000er leicht an und pendeln seitdem bei 2 319 000 Einwohnern (2004) (vgl. INSEE o.J.e, S. 22, 24. Anmerkung: Die Quellenangaben beziehen sich jeweils auf alle Absätze seit der vorangehenden Angabe). Hervorgerufen wird die seit den 1970er Jahren andauernde Stagnation durch das Zusammenkommen eines negativen Wanderungssaldos bei gleichzeitig natürlichem Bevölkerungswachstum. Dennoch sind auch in den vergangenen Jahren die Geburtenzahlen rückläufig, so dass vermutlich zukünftig der negative Wanderungssaldo nicht mehr ausgeglichen werden kann (vgl. INSEE o.J.e, S. 24, 29, 31). Der negative Wanderungssaldo wird bereits seit den 1960er Jahren beobachtet. In dem Zeitraum von 1990 bis 1999 nahm die Zahl der ausländischen Personen von 151 580 auf 128 016 ab (vgl. INSEE o.J.e, S. 28). Im Jahr 2009 lebten rund 184 000 Einwanderer in Lothringen, was einem Anteil von 7,8 % an der Gesamtbevölkerung entspricht (vgl. INSEE o.J.g).



Internationale Migranten und Migration in der Großregion SaarLorLux, Ausländeranteile nach Gemeinden. Ausschnitt Lothringen und Umgebung. Quelle: GR-Atlas

Zu den drei größten Einwanderungsgruppen in Lothringen zählten bis 1999 Italiener, Algerier und Deutsche. 11 % der in Frankreich lebenden italienischen Migranten wohnten zu diesem Zeitpunkt in der Region (vgl. INSEE o.J.d, S. 2). Auch im Jahr 2008 stellten mit 19 110 Personen die Italiener die größte Migrantengruppe, gefolgt von Personen aus Algerien (17 311) und der Türkei (13 778). Insgesamt kamen 50,4 % der ausländischen Personen in Lothringen aus Ländern der Europäischen Union und 25 % aus den maghrebinischen Ländern Marokko, Algerien und Tunesien. Nur wenige besaßen andere afrikanische Staatsangehörigkeiten oder stammten aus asiatischen Ländern (vgl. INSEE o.J.f).

Räumliche Differenzen existieren in den einzelnen Départements hinsichtlich des Ausländeranteils sowie den Herkunftsländern der ausländischen Personen (s. Abb. unten). Die höchsten Anteile wurden im Jahr 2008 in den beiden Départements Moselle (6,5 %) und Meurthe-et-Moselle (4,9 %) verzeichnet, welche die am stärksten urbanisierten Départements darstellen (vgl. INSEE o.J.c & INSEE o.J.d, S. 4). Lediglich 2 beziehungsweise 10 % der Gesamtbevölkerung machten 1999 Personen ausländischer Staatsangehörigkeit in kleinen Gemeinden beziehungsweise Städten aus. Besonders gering war der Ausländeranteil in den ländlichen Gebieten, während hingegen in den Vorstädten sowie den Stadtzentren Konzentrationen vorzufinden waren. In den städtischen Zentren wohnen vor allem Personen aus Italien, Spanien, Algerien, Marokko und Asien. Im Vergleich dazu sind die Personen aus Belgien, Deutschland sowie Luxemburg verstärkt in den Nicht-Ballungszentren des urbanen Raumes anzutreffen (vgl. INSEE o.J.d, S. 4).



*Verteilung der ausländischen Wohnbevölkerung in Lothringen nach Staatsangehörigkeit am 01.01.2008
Datengrundlage: INSEE o.J.f*

Generell erfolgten die Migrationsprozesse vor allem in den Norden der Region, speziell nach Thionville sowie Pays-Haut und das Bassin Houiller, wobei Unterschiede zwischen den einzelnen Staatsangehörigkeiten

bestehen. So lebte ein Großteil der in Lothringen ansässigen Italiener im Jahr 2008 in den Départements Meurthe-et-Moselle (4 360) sowie Moselle (13 654) und innerhalb von Moselle vor allem im westlichen Teil des Arrondissements Thionville (vgl. INSEE o.J.f). Des Weiteren verzeichneten die Départements hohe Anteile bei Personen aus Algerien, Marokko und der Türkei (vgl. INSEE o.J.c). Personen aus afrikanischen Ländern, die nicht zu den Maghreb-Staaten zählen, haben sich in den städtischen Zentren von Nancy und Metz, aber auch in Saint-Dié sowie Remiremont niedergelassen. Aufgrund der Grenznähe zu Deutschland siedelten sich die Personen deutscher Staatsangehörigkeit hauptsächlich entlang der Grenze zwischen Saargemünd und Bouzonville an (vgl. INSEE o.J.d, S. 2, 4).

Die Immigration wurde erstmalig mit der Verordnung vom 2. November 1945 reglementiert und zwischen 1974 und 2005 häufig modifiziert, da Frankreich einerseits auf den Migrationsdruck reagieren, andererseits seine Regelungen an die europäischen Gesetzgebungen anpassen musste. So wurde im Gesetz vom 26. November 2003 sowohl die „großzügige Aufnahme von Immigranten“ als auch eine

„Verstärkung des Kampfes gegen die Strukturen illegaler Einwanderung“ festgeschrieben. Insbesondere wurden das System der „doppelten Strafe“ verstärkt und die Integration von Migranten in die französische Gesellschaft gefordert (vgl. Consulat de France o.J. & Scholz 2012, S. 180-181). Durch die Schaffung von Dateien digitaler Fingerabdrücke und Fotografien der Asylbewerber sollte einer illegalen Einwanderung entgegengewirkt werden. Außerdem wurden Sanktionen gegen Scheinehen und –vaterschaften erlassen.

Das Gesetz Nr. 2003-1176 vom 10. Dezember 2003 zielte auf die Verkürzung der Bearbeitungsfristen von Asylanträgen, auf deren Vereinheitlichung und deren Zusammenführung im „Office Français de Protection des Réfugiés et Apatrides“ (OFPRA) (Französisches Amt zum Schutz von Flüchtlingen und Staatenlosen). 2006 wurde mit dem Gesetz Nr. 2006-911 vom 24. Juli 2006 die „Immigration choisie“ begründet und damit die Voraussetzung für die Aufnahme von Arbeitsmigranten geschaffen, die „Träger eines wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen oder humanitären Projektes“ sind (vgl. Consulat de France o.J.). Ebenso wurde die Aufnahme ausländischer Studierender liberalisiert. Verschärft wurde hingegen der Kampf gegen die Scheinehen. Hinsichtlich der Integration wurde als Umsetzung des „Plan de cohésion sociale 2005“ der „Contrat d'accueil et d'intégration“ verbindlich (vgl. Consulat de France o.J. & Scholz 2012, S. 182-183). Weiterhin beendete das Gesetz die Legalisierung nach 10-jährigem illegalem Aufenthalt auf französischem Territorium und ermöglichte sowohl die Verweigerung der Aufenthaltsgenehmigung als auch die Abschiebung in einer Entscheidung.



Das 600-Einwohner-Dorf Farébersviller im Zentrum des Lothringer Kohle-Bekens wurde Mitte der 1950er Jahre um eine Neubausiedlung erweitert, die einen großen Teil der teils aus Nordafrika angeworbenen Arbeitskräfte für die benachbarten Bergwerke aufnahm. Bis 1962 vervierzehnfachte sich die Einwohnerzahl auf fast 8 500. Mit dem allmählichen Niedergang des Kohlenreviers sank die Einwohnerzahl 2007 wieder unter 6 000.

Foto : © cités2france

Auf das Gesetz geht ebenfalls das Sparkonto „Entwicklungshilfe“ zurück, das Personen aus einem Entwicklungsland mit einer Aufenthaltserlaubnis die Möglichkeit gibt, steuerliche Vorteile in Anspruch zu nehmen, wenn die gesparten Summen im Herkunftsland reinvestiert werden (vgl. Consulat de France o.J.). Nach der Präsidentschaftswahl von Nicolas Sarkozy lag die Immigrationspolitik in der Verantwortung des Ministeriums für Immigration, Integration, nationale Identität und Entwicklungshilfe, dessen Aufgaben durch das Dekret Nr. 2007-999 vom 31. Mai 2007 definiert wurden. Sie umfassten einerseits die Kontrolle der Migrationsströme, die Begünstigung der Integration, die Förderung der französischen Identität sowie andererseits die Verstärkung der Entwicklungshilfe. Entsprechend zielt das Gesetz Nr. 2007-1631 vom 20. November 2007 auf die Bekämpfung illegaler Einwanderung, die Begrenzung der

Einreise- und Aufenthaltsbedingungen in Frankreich, die Kontrolle der Familienimmigration und die Verstärkung der Arbeitsimmigration.

Im Bereich der Familienimmigration wurden aufgrund des Gesetzes vier Aspekte zu den bestehenden Maßnahmen hinzugefügt. Es muss ein gesetzlich festgelegtes Auskommen erreicht werden. Ebenso sind Sprachkenntnisse sowie Kenntnisse über die Werte der Republik nachzuweisen. Fehlen diese Kenntnisse, muss vor der Familienzusammenführung der Nachweis einer entsprechenden Ausbildung erbracht werden. Des Weiteren ist auf die Integration der Kinder aufgrund des „Aufnahme- und Integrationsvertrages für die Familie“ zu achten und im Falle ernster Zweifel über die Authentizität des Personenstandes kann zur Kontrolle ein DNA-Test durchgeführt werden (vgl. Consulat de France o.J.).

Historisch gesehen kann die Migration als ausschlaggebender Faktor für die industrielle Entwicklung Lothringens gesehen werden. Da Lothringen unter anderem durch seine bewegte Geschichte als Grenzregion sowie Kriegsschauplatz lange Zeit als unterbevölkert galt, verursachte dies Ende des 19. Jahrhunderts große Wanderungsströme. Dies führte dazu, dass Lothringen sowohl frankreich- als auch europaweit zu einer der stärksten Zuwanderungsregionen wurde. Ende des 19. beziehungsweise Anfang des 20. Jahrhunderts wurde der größte französische Arbeitgeberverband „Mouvement des entreprises de France“ (MEDEF) gegründet, welcher eine wichtige Rolle für die Rekrutierung ausländischer Arbeitnehmer spielte. Nach dem 2. Weltkrieg und in besonderem Maße in den 1950er und 1960er Jahren gewann die Arbeitsmigration an Bedeutung. Die ausländischen Zuwanderer übten im Regelfall Berufe aus, die von der autochthonen Bevölkerung nicht übernommen werden wollten. So wurden beispielsweise bei der Herstellung von Konsumgütern in den Fabriken ausschließlich Personen ausländischer Staatsangehörigkeit eingesetzt, aber auch in den Bergwerken, dem Bau- und Tiefbaugewerbe sowie in der Eisen- und Stahlindustrie war die Personengruppe tätig. In der Eisen- und Stahlindustrie lag der Ausländeranteil bei 75 bis 80 %, in den Erzbergwerken sogar bei 90 %. Die Zuwanderinnen waren vor allem in „häusliche“ Arbeiten wie beispielsweise Reinigungsarbeiten oder Arbeiten im Pflegebereich eingebunden. Dennoch stellte Lothringen für die genannten Personengruppen teilweise nur eine vorübergehende Station auf ihrem Weg nach Luxemburg, Belgien, Deutschland oder in den Großraum Paris dar, um dort beruflichen Tätigkeiten nachzugehen (vgl. Ferry 2008, S. 13-15).



Ein Großteil der in Farébersviller angesiedelten Arbeitskräfte war im Maghreb und der Türkei angeworben worden. Sie errichteten sich in den 70er Jahren ein Kulturzentrum mit einer für Ostfrankreich außergewöhnlichen, weit hin sichtbaren Moschee

Während zunächst aufgrund des Mangels an Arbeitsplätzen sowie der vorherrschenden demographischen Situation in Italien, die am Ende des 19. Jahrhunderts durch eine hohe Geburtenrate geprägt

wurde, vorrangig Personen italienischer Staatsangehörigkeit zuwanderten, folgten vor dem 1. Weltkrieg sowie zwischen den Kriegen Zuwanderer aus Polen. Dennoch bildete Italien bis 1960 das wichtigste Arbeitskrätereservoir vor allem für die Stahlindustrie sowie im Bergbau. Im Rahmen einer dritten Zuwanderungswelle kamen Einwanderer aus Belgien sowie dem ehemaligen Jugoslawien, wobei der Schwerpunkt auf den Regionen Serbien und Kroatien lag. Vor dem Hintergrund der verbesserten wirtschaftlichen Situation Italiens und politischer Entwicklungen brachen die Einwanderungsströme in den 1950er Jahren aus Italien sowie Polen und dem ehemaligen Jugoslawien wieder ab.

So haben die Rekrutierungsvereinbarungen mit Portugal dazu geführt, dass 1969 10 % der portugiesischen Bevölkerung in Frankreich lebte. Weitere Zuwanderungen wurden aus den ehemaligen französischen Kolonien Marokko und Tunesien sowie aus dem französischen Staatsgebiet Algeriens verzeichnet. Die Arbeitsmigration aus den ehemaligen Kolonien setzte erst spät ein, da die Kolonien die Arbeitskräfte vor Ort in der Landwirtschaft benötigten (vgl. Ferry 2008, S. 15-17). Die Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer hat auch eine besondere Rolle in der Gegend von Petite-Rosselle gespielt, wo aufgrund des Steinkohleabbaus ein hoher Bedarf an Arbeitskräften herrschte. Ende des 19. beziehungsweise Anfang des 20. Jahrhunderts sowie nach Ende des 1. Weltkrieges erhöhte sich die Zuwanderung aus Polen, wobei viele wahrscheinlich über das Ruhrgebiet nach Petite-Rosselle kamen. 1931 kamen 7 % der 11 113 Beschäftigten in den Gruben von Petit-Rosselle aus Polen.



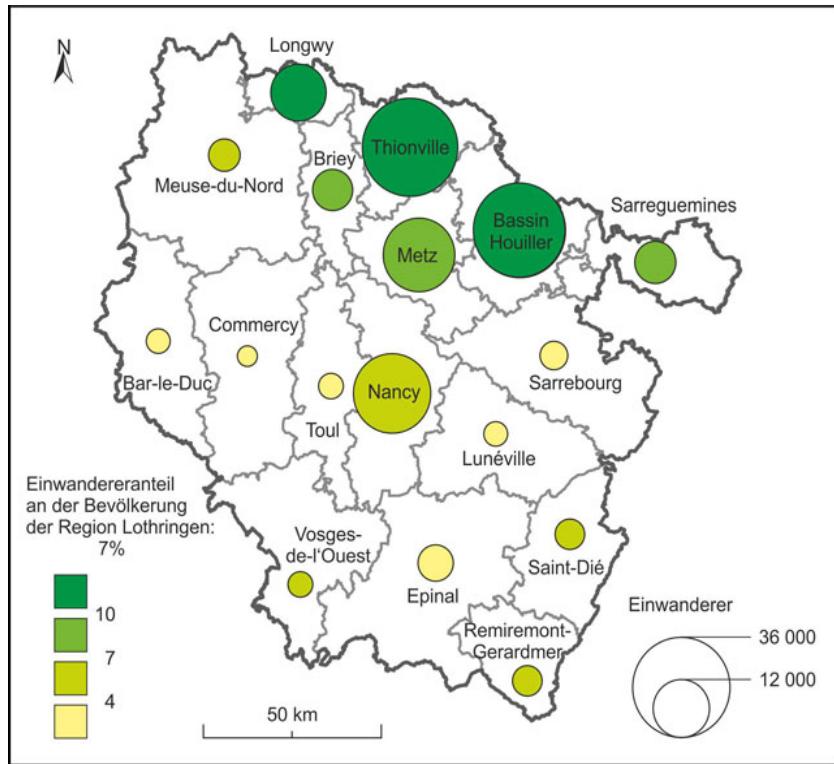
Das 700-Einwohnerdorf Behren-lès-Forbach wurde ab 1956 von der lothringischen Bergbaugesellschaft H.B.L. zur Arbeitersiedlung Behren-Cité für vor allem maghrebinische Einwanderer ausgebaut und überschritt bald 10 000 Einwohner. Nach einem Maximum von 12 512 im Jahr 1968 ging die Bevölkerung bis 2012 wieder auf 7 500 zurück (INSEE). Quelle: Hist. Postkarte

In dem Zeitraum von 1938 bis 1957 fiel jedoch ihre Zahl im lothringischen Kohlerevier von 2 300 (1938) auf 1 400 Personen (1957), was einem Rückgang des Anteils um 8 % auf rund 3 % entspricht (vgl. Deutsch 2002, S. 80). Ab 1920 erfolgte eine massenhafte Einwanderung von Italienern, die unter anderem im Bausektor Arbeitsplätze fanden. Besonders der Zeitraum von 1950 bis 1958 wird durch die italienische Arbeitsmigration charakterisiert, die unter anderem durch den Mangel an Arbeitskräften im Bergbau hervorgerufen wurde. Die italienischen Zuwanderer ließen sich vor allem in den neu gebauten Siedlungen Forbachs wie in Bruch, Kobenberg-Marienau sowie später in Wiesberg, Behren-Cité und Farébersviller-Cité nieder (vgl. Deutsch 2002, S. 81-82). Rückgänge der italienischen Einwanderung wurden im Zuge der Rezession im Kohlenbergbau verzeichnet, die mit einem bedeutenden Arbeitsplatzabbau verbunden war.

Ebenfalls nach Ende des 1. Weltkriegs setzte die Einwanderung aus dem ehemaligen Jugoslawien sowie der Türkei und Ungarn ein. Aufgrund des extremen kriegsbedingten Arbeitskräftemangels wurden ab

1945 Arbeitskräfte aus Sizilien, Marokko aber auch aus den Flüchtlingszentren in dem ehemaligen Jugoslawien sowie in Ungarn angeworben. So weist ein Bericht vom 05.12.1946 auf die Ankunft von 186 Marokkanern hin. Aus den maghrebinischen Staaten wanderten vor allem Algerier ein, die als nationale Arbeitskräfte angesehen wurden. 1955 wurden 1 367 Algerier, 98 Marokkaner und 4 Tunesier bei

der lothringischen Bergwerksgesellschaft gezählt. 1957 waren von 1 666 bei der Bergwerksgesellschaft angestellten Nordafrikanern 1 590 Algerier, 76 Marokkaner und Tunesier. Im Jahr 1973 wurde die letzte Welle der marokkanischen Einwanderung verzeichnet (vgl. Deutsch 2002, S. 86-89).



Anteil der Immigranten an der Bevölkerung in den Beschäftigungszonen der Region Lothringen 1999
Quelle: IGN, INSEE, recensement de la population 1999

Eine weitere wichtige Gruppe sind in Lothringen die Asylbewerber, von denen die Mehrheit im Jahr 2005 zwischen 20 und 50 Jahre alt war. Es handelt sich dabei in der Regel um Paare mit Kindern, die aus sozialen oder politischen Gründen das Heimatland verlassen haben. Die Zuwanderer stammen vor allem aus Bosnien, Tschetschenien, Angola, Algerien und dem Kongo, aber auch aus weiteren asiatischen Ländern sowie dem Mittleren Osten (vgl. Riouffrait 2008, S. 2-3).

Die Unterbringung erfolgt in Lothringen zunächst in sogenannten CADAs (Centre d'accueil de demandeurs d'asile) oder AUDAs (Accueil d'urgence des demandeurs d'asile) wie beispielsweise in Fameck in Moselle, in Pompey und Essey-lès-Nancy in Meurthe-et-Moselle, die aber lediglich für 26 % der Asylbewerber Platz bieten. So konnten im Jahr 2004 von 1 012 Asylbewerbern nur 635 in regionalen CADAs oder AUDAs untergebracht werden. Aufgrund des extremen Mangels an Unterbringungszentren erfolgte stattdessen die Beherbergung in Heimen, so genannten „Sozialhotels“ oder in traditionellen Hotels. In Moselle leben zahlreiche Familien im Hôtel du Nord sowie im Hôtel Terminus in Metz und im Top Hôtel in Thionville. Viele dieser Ersatzunterkünfte sind nicht für eine dauerhafte Nutzung ausgestattet, da keine Kochmöglichkeiten in den Zimmern existieren, der Wohnraum sehr klein ist und keine Rückzugsmöglichkeiten für die einzelnen Familienmitglieder bietet. Jedoch gibt es nur sehr wenige Beschwerden, weil die Hotels und Campingplätze die letzte Möglichkeit darstellen, um nicht obdachlos zu sein. Neben der Unterbringung erhalten die Asylbewerber keine weitere finanzielle Unterstützung, es werden jedoch Bons für Nahrungsmittel und Hygieneprodukte bereitgestellt.

Prinzipiell existieren zwei Formen des Asyls, das konventionelle und das konstitutionelle Asyl. Ersteres beruht auf den Genfer Konventionen von 1951 und wird gewährt, wenn im Herkunftsland aufgrund

der ethnischen Herkunft, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer Gruppe oder der politischen Ansichten Verfolgung droht. Konstitutionelles Asyl hingegen ist in der Präambel zur französischen Verfassung von 1946 festgeschrieben und wird gewährt, wenn im Herkunftsland Verfolgung aufgrund von Handlungen zugunsten der Freiheit droht, um beispielsweise Menschenrechte zu schützen. Des Weiteren kann Schutz gewährt werden, wenn der Schutz der körperlichen Unversehrtheit durch Todesstrafe, Folter oder ähnlichem als Folge kriegerischer Auseinandersetzungen nicht gewährleistet ist (vgl. Riouffrait 2008, S. 2-3).

Die Einwanderung deutscher Arbeiter, insbesondere aus dem Saarland, kann bis auf das Jahr 1862 zurückverfolgt werden. Nach dem Ende des Deutsch-Französischen Kriegs und dem Frieden von Frankfurt 1871 kam es zu einer verstärkten Einwanderung aus Deutschland (vgl. Deutsch 2002, S. 82, 84). Als Folge des 1. Weltkriegs reduzierte sich die Zahl der deutschen Arbeiter zwischen 1923-1925, was sich negativ auf die Produktivität auswirkte (vgl. Deutsch 2002, S. 82, 84). Während des 2. Weltkriegs arbeiteten russische Kriegsgefangene in den Bergwerken um Petite-Rosselle, die den Namen „Hermann Göring Werke“ trugen.

Nach Ende des Krieges stellten im Dezember 1945 die deutschen Kriegsgefangenen die Hälfte der Bergarbeiter und Ende 1946 28,7 % der Beschäftigten. In den Jahren 1955 bis 1958 sank die Zahl der saarländischen Bergleute um 30 %, so dass der Anteil der Saarländer in der lothringischen Bergwerksgesellschaft im Jahr 1958 lediglich 6 % betrug (vgl. Deutsch 2002, S. 84-85). Zog es zunächst kaufkräftige Personengruppen aus Saarbrücken und Saarlouis nach Lothringen, folgten später auch Angehörige der Mittelschicht aus dem ganzen Saarland (vgl. Ramm 1999, S. 110). Entsprechend stieg auf französischer Seite die Nachfrage nach Häusern sowie Baugrundstücken und die geringere Bürokratie beim Häuserbau erhöhte zudem die Bauvorhaben (vgl. Ramm 1999, S. 111). Ein Problem sieht Ramm (1999, S. 113) in der Integration der Grenzgänger, da zum einen weiterhin „Spannungen zwischen Deutschen und Franzosen“ bestehen.

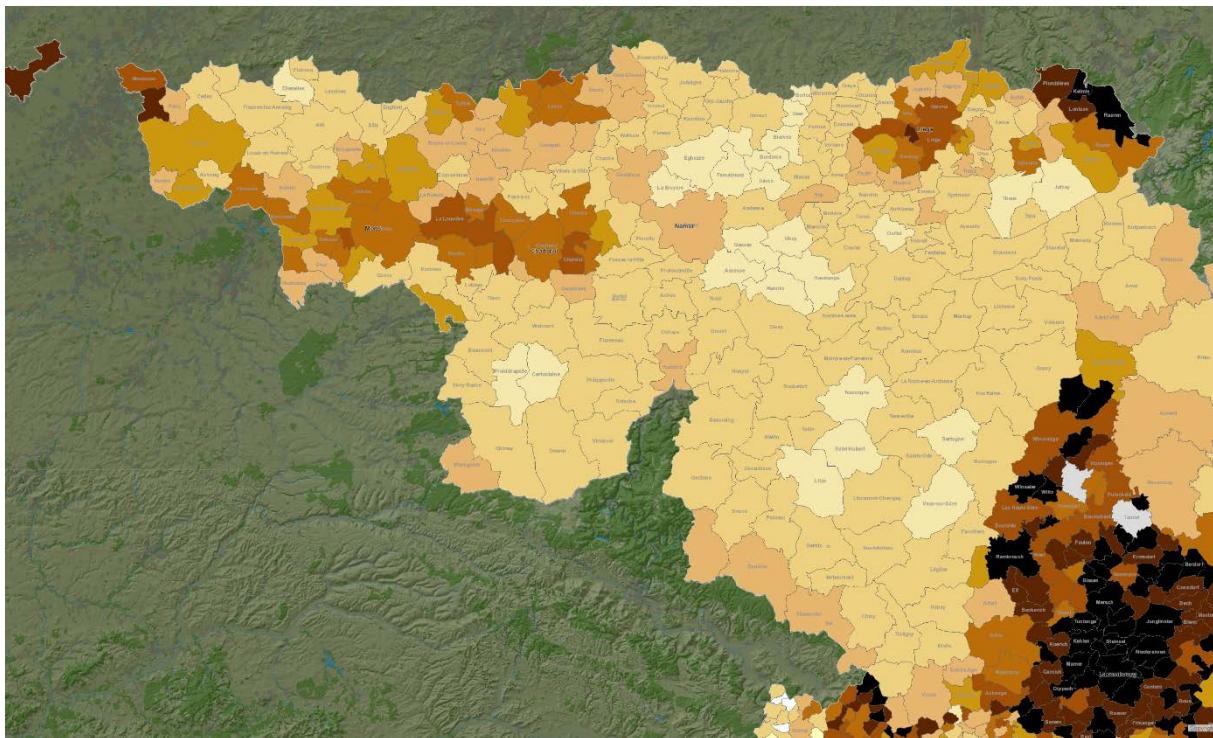
Zum anderen existiert die Grenze immer noch in den Köpfen vieler Menschen, obwohl „zunehmend grenzüberschreitende und innovative Strukturen geschaffen werden“. Weiterhin wird die Integration dadurch erschwert, dass es aufgrund der meist abseits vom Ortskern gelegenen Neubaugebiete kaum Kontakte zur französischen Bevölkerung gibt. Auch fehlt bei den Deutschen häufig das Interesse an einer Integration (vgl. Ramm 1999, S. 113). Diese Probleme lassen sich allgemein auf das Grenzgängertum in der Großregion übertragen und stellen damit keine speziell lothringische Angelegenheit dar.



*Hausbau einer deutschen Familie im lothringischen Spicheran unmittelbar an der saarländischen Grenze.
Foto: C. Wille*

Internationale Migranten und Migration in Wallonien

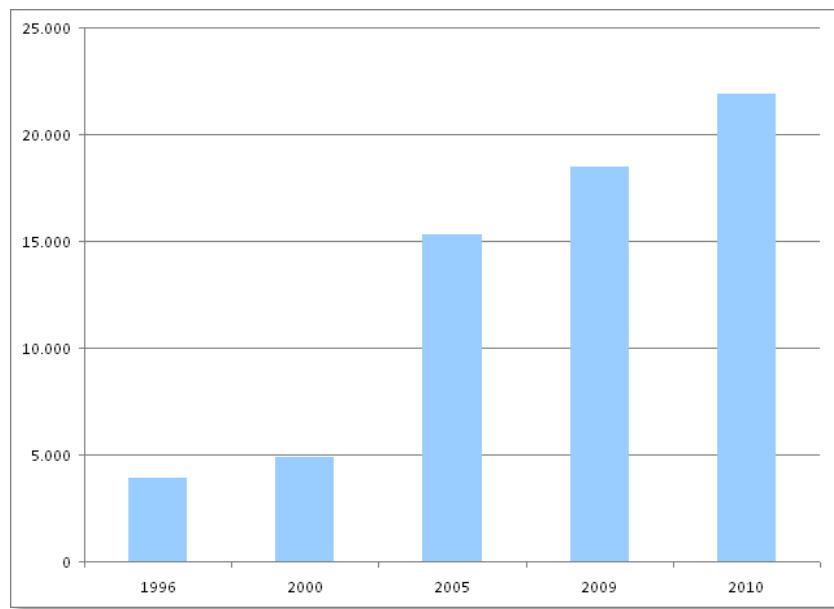
Wallonien wies in den vergangenen Jahren einen positiven Wanderungssaldo auf, der sowohl auf Binnen- als auch auf Außenwanderungen zurückzuführen ist. Der höchste Wert wurde mit 21 886 Personen im Jahr 2010 erreicht (s. 1. Abb.). Während 1996 der Saldo bei 3 887 lag, erhöhte sich die Zahl der Zuwanderungen innerhalb kurzer Zeit so stark, dass sich dieser zwischen 2000 und 2005 mehr als verdreifachte und auf 15 280 Personen anstieg (vgl. IWEPS o.J.a. Anmerkung: Die Quellenangaben beziehen sich jeweils auf alle Absätze seit der vorangehenden Angabe). In den Jahren 2009 und 2010 wurden mit 18 494 beziehungsweise 21 886 Personen weiterhin steigende Wanderungssalden beobachtet (vgl. IWEPS o.J.a). Die großen Wanderungsgewinne der vergangenen Jahre begründen sich vor allem durch internationale Zuwanderer aus den Nachbarländern sowie in geringerem Maße durch die Zuwanderung aus östlichen und südlichen Ländern (vgl. Bottieau & Eggerickx 2011, S. 13). Aus diesem Grund stehen im Folgenden internationale Wanderungen im Vordergrund.



Internationale Migranten und Migration in der Großregion SaarLorLux, Ausländeranteile nach Gemeinden. Ausschnitt Wallonien und Umgebung. Quelle: GR-Atlas

Am 01. Januar 2008 verzeichnete Wallonien einen Ausländeranteil von 9,3 %, was 322 035 Personen mit ausländischer Herkunft entspricht. Besonders hoch lag mit 11,2 % der Ausländeranteil in der Provinz Hennegau, gefolgt von den Provinzen Lüttich mit 10,4 sowie Wallonisch-Brabant mit 8,6 %. Vergleichsweise geringe Zahlen ausländischer Bevölkerung verzeichneten mit 14 830 beziehungsweise 19 868 Personen die beiden Provinzen Luxembourg und Namur, deren Ausländeranteile bei 5,6 beziehungsweise 4,3 % lagen (vgl. IWEPS o.J.b). Während frühere Einwanderer vor allen aus Italien, Frankreich, Marokko und der Türkei kamen, ist die Verteilung hinsichtlich der Herkunftsländer derzeit vielseitiger. Aus diesem Grund wird für den Zeitraum von 1991 bis 1996 von einer „Entwicklung des Mosaiks der Staatsangehörigkeiten“ (Eggerickx, Poulin & Kesteloot 2002, S. 21) gesprochen. Wird die ausländische Bevölkerung Walloniens hinsichtlich der Herkunftsländer differenziert, stellte Italien im

Jahr 2008 mit 119 760 Personen das Hauptherkunftsland. Insgesamt kamen rund 84 % der ausländischen Bevölkerung aus europäischen Ländern. Weiterhin lebten in diesem Jahr 65 603 französische, 17 234 deutsche, 14 170 marokkanische und 13 052 spanische Staatsbürger in der Region. In einem geringeren Maße waren aber unter anderem auch Personen aus der Türkei, den Niederlanden, Portugal, Polen und Luxemburg sowie aus Algerien und der demokratischen Republik Kongo vertreten. In der Regel konzentriert sich die einwandernde ausländische Bevölkerung zunächst auf die Region Brüssel, erst später verteilt sie sich auf verschiedene Regionen wie beispielsweise Wallonien. Je nach Staatsangehörigkeiten werden jedoch unterschiedliche Siedlungsmuster sichtbar (vgl. Bottieau & Eggerickx 2011, S. 14). So lebten beispielsweise in der Provinz Hennegau im Jahr 2008 insgesamt 67 532 Personen italienischer Staatsangehörigkeit, was mehr als der Hälfte aller in Wallonien lebenden Italiener entspricht (s. 2. Abb.).



Entwicklung des wallonischen Wanderungssaldos 1996-2010 (absolute Zahlen)
Datengrundlage: IWEPS o.J.a

Ein ähnliches Bild zeigte sich für die französische Bevölkerung, was auf die Grenznähe zu Frankreich zurückzuführen ist. Weitere zahlenmäßig große Gruppen waren in dieser Provinz Personen aus der Türkei, Marokko, der demokratischen Republik Kongo sowie aus Algerien. Trotz der zentralen Lage der Provinz Wallonisch-Brabant innerhalb Belgiens besitzt der Großteil der ausländischen Bevölkerung die französische Staatsangehörigkeit. Zusätzlich waren dort auch Personen italienischer, portugiesischer und marokkanischer Herkunft sowie Personen aus dem Vereinigten Königreich registriert (vgl. IWEPS o.J.b).

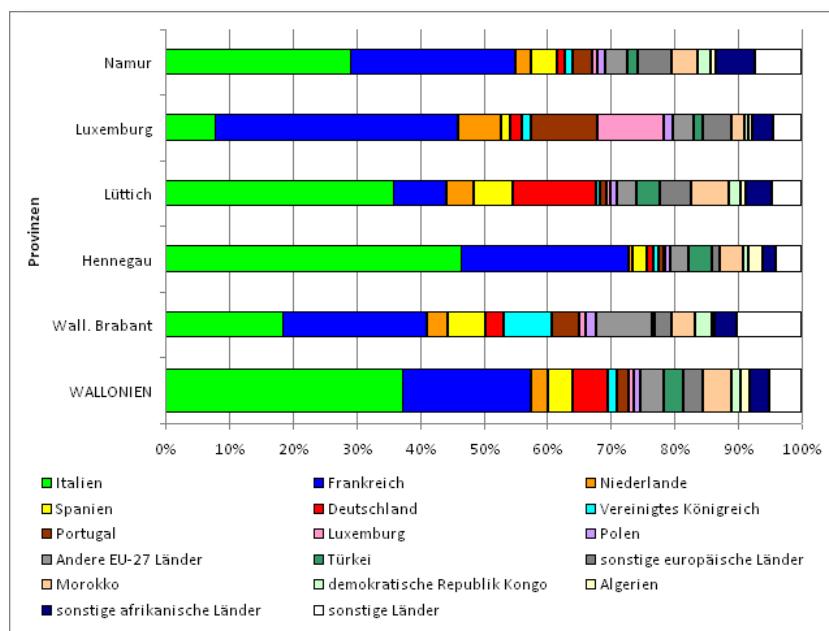
Hinsichtlich der räumlichen Verteilung der Personen ausländischer Staatsangehörigkeit kommt in Wallonien den beiden Städten Charleroi und Lüttich besondere Bedeutung zu. Als industrielle Arbeitersiedlung wird Charleroi seit Beginn der Industrialisierung durch starke Arbeitsmigration geprägt. Zunächst zogen wallonische und flämische Bauern zu, dann Franzosen und ab 1920 Osteuropäer sowie die ersten Arbeiter aus Italien. Nach dem 2. Weltkrieg folgten Südeuropäer und Personen aus der Türkei beziehungsweise Marokko. Während die ersten Zuwanderer vor allem im Bergbau und der metallverarbeitenden Industrie Arbeit fanden, suchten griechische Arbeitnehmer Arbeit in kleineren Unternehmen und im Handel (vgl. Eggerickx, Poulain & Kesteloot 2002, S. 182-187).

Insgesamt umfasste die urbane Region Charleroi sechs unterschiedliche Nationalitäten, wobei die Hauptgruppe die Italiener mit 10 % der Gesamtbevölkerung bildete, gefolgt von Personen aus Frankreich, Griechenland, Marokko, Spanien und der Türkei. Während sich der Großteil der ausländischen Bevölkerung aufgrund der dort ansässigen Industrie und Kohlebergwerke im Ballungsgebiet von Charleroi niederließ, bevorzugten die überwiegend französischen Einwanderer die kleineren Gemeinden im französischen Grenzgebiet (vgl. Eggerickx, Poulain & Kesteloot 2002, S. 182-187).

Im Unterschied zu Charleroi war Lüttich schon in der Römerzeit und im Mittelalter ein wichtiges politisches und kulturelles Zentrum. Nach dem 2. Weltkrieg wurden auch hier in großem Rahmen ausländische Arbeitnehmer angeworben, die aus der Türkei und Marokko stammten und in den umliegenden Bergwerken und der Metallverarbeitung eingesetzt wurden. Ähnlich wie in Charleroi bildeten Personen aus Italien die stärkste Gruppe, gefolgt von Spanien, Marokko, Türkei, Griechenland sowie den Nachbarländern Niederlande, Frankreich und Deutschland. Lebten die Niederländer an der Grenze zu ihrem Herkunftsland, bevorzugte die französische Bevölkerung den urbanen Bereich, die Marokkaner und Türken lebten in Lüttich beziehungsweise in den ehemaligen Bergwerksstädten (vgl. Eggerickx, Poulain & Kesteloot 2002, S. 187-193).

Ähnlich wie in den übrigen Gebieten der Großregion war auch die belgische Immigrationspolitik seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts wirtschaftlich begründet. Es handelte sich überwiegend um männliche Arbeiter, die durch Anwerbung aus den Bereichen Metall, Industrie und Kohle oder aufgrund bilateraler Verträge, wie es beispielsweise nach dem Krieg mit Italien der Fall war, nach Belgien kamen (vgl. Manço o.J.). Aufgrund der starken Immigration aus Italien wird der Zeitraum von 1947 bis 1956 als „italienisches Jahrzehnt“ bezeichnet (vgl. Eggerickx, Poulain & Kesteloot 2002, S. 15).

Zunächst war keine Familienzusammenführung vorgesehen, dennoch stellten im Jahr 2000 mit mehr als 300 000 Personen die Nachkommen der ersten italienischen Migranten die größte Gruppe unter den Personen ausländischer Staatsangehörigkeit, die vor allem in Wallonien beheimatet ist. Im Jahr 1964 folgte der Abschluss des Einwanderungsvertrags mit Marokko sowie im Jahr 1965 mit der Türkei. Sowohl bei den maghrebinischen als auch bei den türkischen Einwanderern war von Beginn an eine Zuwanderung mit den Familien geplant. Im Hinblick auf die Ölkrise sowie die Krise auf dem Arbeitsmarkt wurde 1974 beschlossen, keine Einwanderer mehr ins Land zu lassen.



Verteilung der ausländischen Wohnbevölkerung Walloniens nach Staatsangehörigkeit am 01.01.2008
Datengrundlage: IWEPS o.J.b

Seit Ende der 1980er Jahre wurde die Integrationspolitik stärker geplant und koordiniert. Aufgrund starker Proteste maghrebinischer Jugendlicher (1991) wurde das Commissariat Royal à la Politique des Immigrés geschaffen, um dem Staat bei

der Identifikation und Definition der Probleme zur Herausbildung einer positiven Integrationspolitik zu helfen. Des Weiteren begann in den 1980er Jahren die Einwanderungspolitik Wirkung zu zeigen. Im Jahr 1996 erließ Wallonien ein Gesetz, welches die Integration ausländischer Personen festlegte. Hauptprinzip dieser Politik war die Schaffung regionaler Zentren zur Integration von Migranten. Sie sollten Aktivitäten zur Zusammenarbeit und Motivation entwickeln sowie einen Rahmen zur Bewertung regionaler und lokaler Projekte der sozialen und beruflichen Integration der ausländischen Bevöl-

kerung in Wallonien schaffen. Dazu sollten sie mit verschiedenen Organisationen und Forschungseinrichtungen kooperieren. Aufgrund der engen Beziehungen Frankreichs zu den Ländern Nordafrikas hat sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts die maghrebinische Bevölkerung entlang der belgischen Grenze zu Frankreich niedergelassen. Nach 1960 warb Belgien gezielt in den nordafrikanischen Ländern um ausländische Arbeitnehmer.



Broschüre "Vivre et travailler en Belgique"

So wurde 1962 das erste belgische Rekrutierungsbüro in Casablanca eröffnet und eine Broschüre mit dem Titel „Leben und Arbeiten in Belgien“ herausgegeben, die die maghrebinischen Arbeiter einlud, sich mit ihren Familien in Belgien niederzulassen. Auf diese Weise kamen zwischen 1961 und 1977 mehr als 100 000 Maghrebiner, darunter 85 % Marokkaner nach Belgien. 95 % der Personen stammten aus ländlichen Gegenden und waren ungelernte Arbeitskräfte.

Die maghrebinischen Ar-

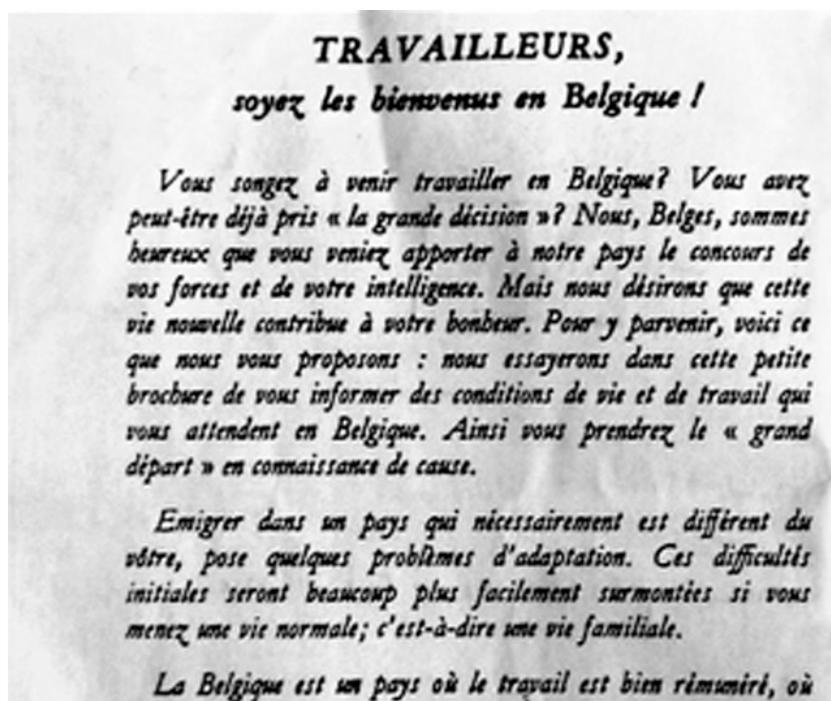
beitsmigranten konzentrierten sich in Belgien vor allem in den urbanen Zentren, darunter Brüssel und in Wallonien Lüttich sowie in einem geringeren Maße Charleroi. Der Wunsch dieser Bevölkerungsgruppe dauerhaft in Belgien zu bleiben hat nach der Ölkrise und dem damit verbundenen Anwerbestopp in den 1980er Jahren zu einem Umdenken in der Immigrationsdebatte geführt.

Von nun an rückten Begriffe wie „Integration“ und „Zusammenleben“ ins Zentrum der Überlegungen, während in der öffentlichen Meinung vielfach Vorbehalte gegenüber weiterer Zuwanderung bestanden. Die Zahl der Personen nordafrikanischer Herkunft lag im Jahr 1998 bei circa 35 000, darunter über 6 000 Personen in Lüttich und 5 000 in Charleroi. Nicht nur aus den Staaten Nordafrikas wanderten Personen in Belgien ein, sondern es gibt auch zahlreiche Migranten aus den übrigen afrikanischen Ländern. Da diese Bevölkerungsgruppe bisher kaum erforscht wurde und oftmals unter dem Begriff „nicht-europäischer Einwanderer“ gefasst wird, sind Aussagen über die in Belgien und Wallonien lebenden afrikanischstämmigen Personen sehr schwierig. 1920 lebten nach Angaben des Nationalen Instituts für Statistik 12 männliche Kongolesen in Wallonien und 7 in Brabant.

Insgesamt lebten 1920 172 Personen afrikanischer Herkunft in Belgien, deren Zahl bereits bis 1930 auf 1 732 und im Jahr 1940 auf 1 848 Personen anstieg. Nach der Volkszählung von 1961 lebten 1 184 der 3 242 in Belgien registrierten Afrikaner in Wallonien. Diese Zahl erhöhte sich im Zeitraum von 1961 bis 1990 deutlich. So stieg sie auf 2 379 Personen im Jahr 1970, auf 4 039 im Jahr 1981 und 6 769 im Jahr

1990. Seit 1990 wuchs die Zahl aufgrund verschiedener Faktoren und vor allem der Einbürgerung langsamer. Anfang des 21. Jahrhunderts lebten demnach 7 500 Afrikaner in Wallonien und durch die aktuelle Legalisierung von illegalen Einwanderern konnte sich die Zahl verdoppeln. Der Zuzug dieser Personengruppe ist nicht in der Arbeitsmigration begründet, sondern in erster Linie in wirtschaftlichen und kolonialen Beziehungen.

Die Wanderungsmotive einzelner Personen sind vielfältig: Während in den 1960er Jahren vorwiegend afrikanische Studenten zuzogen, haben sich die Gründe im Laufe der Zeit diversifiziert. So kamen im Laufe der Zeit unter anderem Diplomaten, Asylbewerber und Geschäftsleute. Insgesamt stammte die afrikanische Bevölkerung in Wallonien aus 30 verschiedenen afrikanischen Ländern. Dennoch kamen mehr als 60 % aus der Demokratischen Republik Kongo, Ruanda oder Burundi, wobei dies auf die kolonialen Verbindungen zurückgeht. Die Verteilung der afrikanischen Bevölkerung war in allen Regionen Belgiens nahezu identisch (vgl. Manço o.J.). Wird nach Wohnorten differenziert, zeigt sich, dass die afrikanische Bevölkerung in allen Provinzen Walloniens lebte. Der größte Teil wohnte in den Provinzen Lüttich, Wallonisch-Brabant und in Hennegau.



Auszug aus der Broschüre
"Vivre et travailler en Belgique"

Neben den maghrebini- schen Einwanderern spielt auch die Gruppe der türki- schen Migranten in Belgien eine wichtige Rolle. Bereits seit dem frühen 20. Jahr- hundert lebten einige tür- kischstämmige Bewohner in Belgien, wobei sich de- ren Zahl nach dem 2. Welt- krieg weiter reduzierte. Die nach dem Krieg verbleiben- den Personen waren über- wiegend Kaufleute, Diplo-

maten sowie Studierende und Flüchtlinge aus verschiedenen Regionen der Türkei. Ab 1961 wurden erneut Wanderungsbewegungen beobachtet, die auf Arbeitsmigration zurückzuführen sind und bis 1974 zusätzlich an Bedeutung gewannen. Die Zahl der türkischen Bevölkerung wuchs nach 1975 vor allem durch den Familiennachzug sowie eine hohe Geburtenrate.

Die höchste Zahl türkischer Staatsangehöriger wurde in Belgien im Frühjahr 1990 mit 88 000 Personen erreicht, ehe die Zahlen aufgrund von Einbürgerungen zurückgingen. Im Jahr 2000 lebten mehr als 126 000 Menschen türkischer Herkunft in Belgien, davon war fast die Hälfte eingebürgert. Etwa ein Viertel wohnte in Wallonien und dort in der Region Borinage sowie in den Städten Charleroi und Lüttich. So- wohl in diesen Städten als auch in den suburbanen Gegenden wie beispielsweise der Provinz Luxem- burg bildeten sich kleine türkische Gemeinden heraus (vgl. Manço o.J.).



Die afrikanische Kultur ist in Belgien weiterhin sehr präsent
Quelle: vitrineafricaine.be

Wie in allen anderen Regionen der Großregion spielen auch in Belgien die Grenzgänger eine wichtige Rolle. So lassen sich vermehrt Deutsche, Franzosen sowie Luxemburger und Niederländer in den jeweils grenznah zum Herkunftsland gelegenen belgischen Regionen nieder (vgl. IWEPS o.J.b). Begründet werden diese Wanderungsbewegungen unter anderem durch steuerliche Vorteile, aber auch Unterschieden bei den Immobilienpreisen sowie der Wohnumgebung.

Quellen

- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) o.J.: Demographiebericht. Ein Baustein des Wegweisers Kommune. Perl.
- Bottieau, V. & Eggerickx, T. (2011): Défi démographique. In: Droeven, E. & Teller, J. (Hrsg.): Les Défis. Namur, S. 13-18.
- Bottieau, V. & Eggerickx, T. (2011): Défi démographique. In: Droeven, E. & Teller, J. (Hrsg.): Les Défis. Namur, S. 13-18.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2006): Asyl in Zahlen. Nürnberg.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2006): Asyl in Zahlen. Nürnberg.
- Bundesministerium des Inneren (Hrsg.) (2011): Migration und Integration. Aufenthaltsrecht, Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland. Berlin.
- Bundesministerium des Inneren (Hrsg.) (2013): Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung. Migrationsbericht 2011. Berlin.
- Butterwegge, C. (2005): Von der „Gastarbeiter“-Anwerbung zum Zuwanderungsgesetz. Migrationsgeschehen und Zuwanderungspolitik in der Bundesrepublik.
- Consulat de France (Hrsg.) (o.J.): La politique d'immigration de la France.
- Deutsch, D. (2002): Patrons, Mineurs et Autres Sarreguemines.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2011): Ausländische Streitkräfte in Deutschland.
- Eggerickx, T., Poulain, M. & Kesteloot, C. (2002): La population allochtone en Belgique. Monographie n° 3 du recensement de la population de 1991. Bruxelles.
- Ertl, D. (2007a): Bevölkerungsentwicklung 2006. Stärkster Bevölkerungsrückgang seit 1978. In: Statistisches Quartalsheft Saarland, H. III, S. 21-29.
- Ertl, D. (2007b): Der demografische Wandel im Saarland. Ergebnisse der 11. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. In: Statistisches Quartalsheft Saarland, H. IV, S. 5-21.
- Eurostat (Hrsg.) (2012): Asyl in der EU27. Die Anzahl der registrierten Asylbewerber in der EU27 stieg auf 301 000 im Jahr 2011.
- Fehlen, F. (o.J.): Multiplicity. Eine plurale Stadt im Spiegel der Sozialwissenschaften.
- Ferry, V. (2008): Histoire de l'immigration en Lorraine.
- Filsinger, D., Rotink, G. & Willems, H. (2009): Migration, Interkulturalität und Soziale Arbeit. In: Willems, H., Rotink, G., Ferring, D., Schoos, J., Majerus, M., Ewen, N., Rodesch-Hengesch, M. A., Schmit, C. (Hrsg.): Handbuch der sozialen und erzieherischen Arbeit in Luxemburg. Luxemburg, S. 1119-1135.
- François, J.-P. & Moreau, G. (2008): Einwanderungsstatistik in der Großregion. Ein Harmonisierungsversuch. In: Économie Lorraine, N° 141, Septembre 2008. Nancy.
- Frys, W. & Nienaber, B. (2011): Die Situation der Wohnmigranten im ländlichen Saarland. In: Hege, H.-P., Knapstein, Y., Meng, R., Ruppenthal, K., Schmitz-Veltin, A. & Zakrzewski, P. (Hrsg.): Schneller, öfter, weiter? Perspektiven der Raumentwicklung in der Mobilitätsgesellschaft. Hannover (= Arbeitsberichte der ARL 1), S. 94-104.

Gemeinde Perl (Hrsg.) (2009): Vergaberichtlinien für die Überlassung von Wohnbaustellen in der Gemeinde Perl vom 12. März 2009.

Gemeinde Perl (Hrsg.) (o.J.): Baugebiete in der Gemeinde Perl.

Geyer, S. (2009): Siedlungsentwicklung im deutsch-luxemburgischen Grenzraum. Arbeitsfelder und Handlungsempfehlungen zur Steuerung am Beispiel des Landkreises Trier-Saarburg. In: Troeger-Weiβ, G. & Domhardt, H.-J. (Hrsg.): Arbeitspapiere zur Regionalentwicklung. Elektronische Schriftenreihe des Lehrstuhls Regionalentwicklung und Raumordnung. Band 2. Kaiserslautern.

Hartmann, G. (2010): Migration und Integration im Saarland. Der deutsche Pass sagt noch nichts aus. In: Arbeitnehmer. Zeitschrift der Arbeitskammer des Saarlandes. Heft 6, S. 6-9.

Haase, M. & Jugl, J. C. (2008): Migration im europäischen Vergleich – Zahlen, Daten, Fakten?

Hohnhorst, M. von (2007): Die Bevölkerungsentwicklung im Saarland. In: Dörrenbächer, P., Kühne, O. & Wagner, J. M. (Hrsg.) (2007): 50 Jahre Saarland im Wandel. Saarbrücken, S. 69-82.

INSEE (Hrsg.) (o.J.a): Étranger.

INSEE (Hrsg.) (o.J.b): Immigré.

INSEE (Hrsg.) (o.J.c): Étrangers en 2008: Comparaisons départementales.

INSEE (Hrsg.) (o.J.d): Profil et implantation géographique.

INSEE (Hrsg.) (o.J.e): Bevölkerung.

INSEE (Hrsg.) (o.J.f): Population selon la nationalité au 1er janvier 2008.

INSEE (Hrsg.) (o.J.g): Les immigrés en Lorraine : des origines de plus en plus diversifiées.

Institut für Entwicklungsforschung, Wirtschafts- und Sozialplanung (Hrsg.) (2005): Weißbuch Flüchtlinge und Asylbewerber/innen im Saarland 2004. Saarbrücken.

Institut für Regionale Sozialforschung (Hrsg.) (2008): Soziale Situation und Infrastruktur für ausgewählte Zielgruppen in der Stadt Luxemburg. Ville de Luxembourg: La ségrégation à travers les mouvements migratoires.

Institut für Regionale Sozialforschung (Hrsg.) (2009): Soziale Situation und Infrastruktur für ausgewählte Zielgruppen in der Stadt Luxemburg. Trier.

IWEPS (Hrsg.) (o.J.a): Mouvement de la population.

IWEPS (Hrsg.) (o.J.b): Population étrangère selon la nationalité.

Jurecka, P. (1998): Ältere Migranten im Saarland. Situation und Perspektiven. In: AK Beiträge. Nr. 3, Jahrgang 11. Saarbrücken.

Köppen, B. & Müller M. (2012): Russisch? Deutsch? Russlanddeutsch?. Empirische Erkenntnisse zur Integration und Identität von Spätaussiedlern in Rheinland-Pfalz. In: Köppen, B., Gans, P., Milewski, N. & Swiaczny, F. (Hrsg.): Internationalisierung: Die unterschätzte Komponente des demographischen Wandels in Deutschland? (=Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Demographie Bd. 5), Norderstedt, S. 119-142.

Kröhner, S., Van Olst, N. & Klingholz, R. (2005): Deutschland 2020. Die demografische Zukunft der Nation. Berlin.

Landesjugendhilfeausschuss (Hrsg.) (2002): Integration junger Aussiedlerinnen und Aussiedler. Herauf-forderung für die Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit.

Le Gouvernement du Grand-Duché du Luxembourg (Hrsg.) (2012): Demandeurs de protection interna-tionale: structures de logement et conditions d'octroi d'une aide sociale.

Lübbbers, P. (2008): Bevölkerungsentwicklung in der Großregion Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz-Wallo-nie. In: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, 03/2008, S. 194-201.

Manço, A. (o.J.): Quarante ans d'immigration en Wallonie (1960-2000). Bilan et perspectives d'intégra-tion des communautés maghrébines, turques et africaines subsahariennes.

Ministère de la Famille et de l'Integration (Hrsg.) (2010): Integrations- und Partizipationsdefizite von Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Ministère des Affaires étrangères (Hrsg.) (2012): Service des Réfugiés. Statistiques concernant les de-mandes de protection internationale au Grand-Duché des Luxembourg. Mois de février 2012.

Ministerium für Arbeit, Familie, Prävention, Soziales und Sport (Hrsg.) (o.J.): Integration.

Minister für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung (Hrsg.) (1978): Aussiedler im Saarland 1977. Saar-brücken.

Minister für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung (Hrsg.) (1981): Aussiedler und Zuwanderer. Auslän-dische Flüchtlinge. Asylbewerber im Saarland 1980. Saarbrücken.

Minister für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung (Hrsg.) (1982): Aussiedler und Zuwanderer. Auslän-dische Flüchtlinge. Asylbewerber im Saarland 1981. Saarbrücken.

Minister für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung (Hrsg.) (1983): Aussiedler und Zuwanderer. Auslän-dische Flüchtlinge. Asylbewerber im Saarland 1982. Saarbrücken.

Minister für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung (Hrsg.) (1988): Landesprogramm zur Aufnahme und Eingliederung von Aussiedlern im Saarland. Saarbrücken.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2007a): Zu-wanderungs- und Integrationsbericht der Landesregierung Rheinland-Pfalz 2005-2006. Mainz.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2007b): Ver-schiedene Kulturen – Leben gemeinsam gestalten. Integrationskonzept des Landes Rheinland-Pfalz. Mainz.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2009): Zu-wanderungs- und Integrationsbericht der Landesregierung Rheinland-Pfalz 2007-2008. Mainz.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2011): Zu-wanderungs- und Integrationsbericht der Landesregierung Rheinland-Pfalz 2009-2010. Mainz.

Ministerium für Inneres, Familie, Frauen und Sport (Hrsg.) (2005): Integrationskonzept der saarländi-schen Landesregierung. Saarbrücken.

Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (o.J.a): Schott AG. Die Gastarbeiter kommen.

Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (o.J.b): Aus-gangssituation in den Herkunftsländern.

Ministerium für Soziales, Gesundheit und Umwelt (Hrsg.) (1981): Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien in Rheinland-Pfalz. Daten, Grundsätze, Maßnahmen. Mainz.

Nienaber, B. und Roos, U. (2012): Der demographische Wandel und die Integration von Migranten in den saarländischen Kleinstädten Perl und Schmelz. In: Köppen, B., Gans, P., Milewski, N. & Swiaczny, F. (Hrsg.): Internationalisierung: Die unterschätzte Komponente des demographischen Wandels in Deutschland? (=Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Demographie Bd. 5), Norderstedt, S. 87-116.

Pauly, M. (2010): Le phénomène migratoire: une constante de l'histoire luxembourgeoise. In: Association de Soutien aux Travailleurs Immigrés (Hrsg.): ASTI 30+. 30 ans des migrations/30 ans de recherches/30 ans d'engagements. Luxembourg, S. 62-75.

Ramm, M. (1999): Saarländer im grenznahen Lothringen. In Geographische Rundschau, Heft 2, S.110-115.

Riouffrait, M. (2008): La demande d'asile en France et la situation en Lorraine.

Scholz, A. (2012): Migrationspolitik zwischen moralischem Anspruch und strategischem Kalkül. Wiesbaden.

Schumann, F.-J. (1990): Aus- und Übersiedler im Landkreis St. Wendel. In: Landrat des Kreises St. Wendel (Hrsg.): Heimatbuch des Landkreises St. Wendel. St. Wendel. Ausgabe 1989/1990, S. 41-46.

Scuto, D. (2009): Migrationspolitik: Entwicklung und gegenwärtige Gestalt. In: Willems, H., Rotink, G., Ferring, D., Schoos, J., Majerus, M., Ewen, N., Rodesch-Hengesch, M. A., Schmit, C. (Hrsg.): Handbuch der sozialen und erzieherischen Arbeit in Luxemburg. Luxemburg, S. 343-350.

Service information et presse du gouvernement luxembourgeois (Hrsg.) (2014): Société aux aspects multiculturels.

SESOPI-Centre Intercommunautaire asbl (Hrsg.) (2007): Chiffres clés sur la population du Luxembourg. Luxembourg.

Statec (Hrsg.) (2011): 2010 annuaire de statistique du Luxembourg. Luxembourg.

Statec (Hrsg.) (o.J.): Arrivées, départs et excédents des arrivées sur les départs 1967-2010.

Statistisches Amt des Saarlandes (Hrsg.) (1965): Statistische Berichte des statistischen Amtes des Saarlandes. Saarbrücken.

Statistisches Amt des Saarlandes (Hrsg.) (1967): Statistische Berichte des statistischen Amtes des Saarlandes. Saarbrücken.

Statistisches Amt des Saarlandes (Hrsg.) (1973): Statistische Berichte des statistischen Amtes des Saarlandes. Saarbrücken.

Statistisches Amt des Saarlandes (Hrsg.) (1974): Statistische Berichte des statistischen Amtes des Saarlandes. Saarbrücken.

Statistisches Amt Saarland (Hrsg.) (2008): Trendreport Demografie. Analysen und Zeitreihen zur zukünftigen Entwicklung im Saarland. 11. koordinierte und regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung. Bevölkerungsentwicklung und –struktur. Saarbrücken.

Statistisches Amt Saarland (Hrsg.) (2011a): Wanderungen 2010, Saarbrücken.

Statistisches Amt Saarland (Hrsg.) (2011b): Mehr EU-Ausländer im Saarland.

Statistisches Amt Saarland (Hrsg.) (2011c): Fläche, Bevölkerung in den Gemeinden am 31.12.2010 nach Geschlecht, Einwohner je km² und Anteil an der Gesamtbevölkerung.

Statistisches Amt Saarland (Hrsg.) (2011d): Ausländer im Saarland am 31. Dezember nach Staatsangehörigkeit.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (o.J.): Personen mit Migrationshintergrund.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2011): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters. Wiesbaden.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2011): Statistische Berichte. Bevölkerungsvorgänge 2010. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2011): Ausländer in Rheinland-Pfalz nach Staatsangehörigkeit 2008. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2008): Statistische Analysen. Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz. Ergebnisse des Mikrozensus 2006. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2011a): Statistische Berichte. Bevölkerungsvorgänge 2010. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2011b): Ausländer in den Kreisen nach Staatsangehörigkeit 2008-2010. Unveröffentlichte Zusammenstellung.

Statistisches Landesamt Saarland (Hrsg.) (2000): Statistisches Jahrbuch Saarland 2000. Saarbrücken.

Vogelgesang, W. (2008): Jugendliche Aussiedler. Zwischen Entwurzelung, Ausgrenzung und Integration. Weinheim & München.

Wille, C. (2007): Identität und Arbeitsmarkt: Zur Ambivalenz des Grenzgängerdiskurses. In: Forum für Politik, Gesellschaft und Kultur in Luxemburg, Nr. 271, 2007, S. 48-50.

Wille, C. (2011): Vertraute Fremde. Repräsentationen und Status von Grenzgängern in Luxemburg. In: Interculture Journal. Zeitschrift für Interkulturelle Studien. Jahrgang. 10 (2011), Heft 13, S. 101-114.

Willems, H., Milmeister, P., Hartmann-Hirsch, C. & Kollwelter, S. (2009): Migration und Immigration. In: Willems, H., Rotink, G., Ferring, D., Schoos, J., Majerus, M., Ewen, N., Rodesch-Hengesch, M. A., Schmit, C. (Hrsg.): Handbuch der sozialen und erzieherischen Arbeit in Luxemburg. Luxemburg, S. 165-182.

Externe links

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) o.J.: Demographiebericht. Ein Baustein des Wegweisers Kommune. Perl

Butterwegge, C. (2005): [Von der „Gastarbeiter“-Anwerbung zum Zuwanderungsgesetz. Migrationsschehen und Zuwanderungspolitik in der Bundesrepublik](#)

Consulat de France (Hrsg.) (o.J.): [La politique d'immigration de la France](#)

Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2011): [Ausländische Streitkräfte in Deutschland](#)

Eurostat (Hrsg.) (2012): [Asyl in der EU27. Die Anzahl der registrierten Asylbewerber in der EU27 stieg auf 301 000 im Jahr 2011](#)

Fehlen, F. (o.J.): [Multiplicity. Eine plurale Stadt im Spiegel der Sozialwissenschaften](#)

Ferry, V. (2008): [Histoire de l'immigration en Lorraine](#)

Frys, W. & Nienaber, B. (2011): [Die Situation der Wohnmigranten im ländlichen Saarland](#)

Gemeinde Perl (Hrsg.) (2009): [Vergaberichtlinien für die Überlassung von Wohnbaustellen in der Gemeinde Perl vom 12. März 2009](#)

Gemeinde Perl (Hrsg.) (o.J.): [Baugebiete in der Gemeinde Perl](#)

Haase, M. & Jugl, J. C. (2008): [Migration im europäischen Vergleich – Zahlen, Daten, Fakten?](#)

INSEE (Hrsg.) (o.J.a): [Étranger](#)

INSEE (Hrsg.) (o.J.b): [Immigré](#)

INSEE (Hrsg.) (o.J.c): [Étrangers en 2008: Comparaisons départementales](#)

INSEE (Hrsg.) (o.J.d): [Profil et implantation géographique](#)

INSEE (Hrsg.) (o.J.e): [Bevölkerung](#)

INSEE (Hrsg.) (o.J.f): [Population selon la nationalité au 1^{er} janvier 2008](#)

INSEE (Hrsg.) (o.J.g): [Les immigrés en Lorraine : des origines de plus en plus diversifiées](#)

Institut für Regionale Sozialforschung (Hrsg.) (2008): [Soziale Situation und Infrastruktur für ausgewählte Zielgruppen in der Stadt Luxemburg. Ville de Luxembourg: La ségrégation à travers les mouvements migratoires](#)

IWEPS (Hrsg.) (o.J.a): [Mouvement de la population](#)

IWEPS (Hrsg.) (o.J.b): [Population étrangère selon la nationalité](#)

Landesjugendhilfeausschuss (Hrsg.) (2002): [Integration junger Aussiedlerinnen und Aussiedler. Herausforderung für die Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit](#)

Le Gouvernement du Grand-Duché du Luxembourg (Hrsg.) (2012): [Demandeurs de protection internationale: structures de logement et conditions d'octroi d'une aide sociale](#)

Manço, A. (o.J.): [Quarante ans d'immigration en Wallonie \(1960-2000\). Bilan et perspectives d'intégration des communautés maghrébines, turques et africaines subsahariennes](#)

Ministère de la Famille et de l'Integration (Hrsg.) (2010): [Integrations- und Partizipationsdefizite von Jugendlichen mit Migrationshintergrund](#)

Ministère des Affaires étrangères (Hrsg.) (2012): [Service des Réfugiés. Statistiques concernant les demandes de protection internationale au Grand-Duché des Luxembourg. Mois de février 2012](#)

Ministerium für Arbeit, Familie, Prävention, Soziales und Sport Saarland (Hrsg.) (o.J.): [Integration](#)

Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (o.J.a): [Schott AG. Die Gastarbeiter kommen](#)

Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (o.J.b): [Ausgangssituation in den Herkunftsländern](#)

Riouffrait, M. (2008): [La demande d'asile en France et la situation en Lorraine](#)

Service information et presse du gouvernement luxembourgeois (Hrsg.) (2014): [Société aux aspects multiculturels](#)

Statec (Hrsg.) (o.J.): [Arrivées, départs et excédents des arrivées sur les départs 1967-2010](#)

Statistisches Amt Saarland (Hrsg.) (2011a): [Wanderungen 2010, Saarbrücken](#)

Statistisches Amt Saarland (Hrsg.) (2011b): [Mehr EU-Ausländer im Saarland](#)

Statistisches Amt Saarland (Hrsg.) (2011c): [Fläche, Bevölkerung in den Gemeinden am 31.12.2010 nach Geschlecht, Einwohner je km² und Anteil an der Gesamtbevölkerung](#)

Statistisches Amt Saarland (Hrsg.) (2011d): [Ausländer im Saarland am 31. Dezember nach Staatsangehörigkeit](#)

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (o.J.): [Personen mit Migrationshintergrund](#)

In dieser Reihe bisher erschienen:

- N° 1 (2007): [Christian SCHULZ, Peter DÖRRENBÄCHER, Holger PANSCH](#): Autoindustrie in der Großregion SaarLorLux 2007 - Produktion, Forschung, Ausbildung
- N° 2 (2007): [Michel PAULY](#): Mittelalterliche Hospitäler in der Großregion SaarLorLux (von 600 bis 1500)
- N° 3 (2007): [Thomas SCHNEIDER](#): Naturräumliche Gliederung der Großregion SaarLorLux
- N° 4 (2008): [Malte HELFER](#): Aufschwung und Niedergang des Steinkohlenbergbaus in der Großregion SaarLorLux
- N° 5 (2008): [Eva MENDGEN](#): Die Glas- und Kristallerzeugung in der Großregion SaarLorLux
- N° 6 (2008): [Cristian KOLLMANN](#): Familiennamen aus der Berufsbezeichnung für den Glaser
- N° 7 (2008): [Sonja KMEC](#): Die Verehrung Unserer Lieben Frau von Luxemburg
- N° 8 (2008): [Giovanni ANDRIANI](#): Wunderheilungen Unserer Lieben Frau von Luxemburg im 17. Jahrhundert
- N° 9 (2009): [Malte HELFER](#): Grenzüberschreitender öffentlicher Personennahverkehr in der Großregion SaarLorLux
- N° 10 (2009): [Malte HELFER](#): Die Bodennutzungskarte der Großregion SaarLorLux von CORINE Landcover
- N° 11 (2009): [Malte HELFER](#): Die Cassini-Karte (1750-1815)
- N° 12 (2009): [Malte HELFER](#): Die Tranchot-Müffling-Karte (1801-1828)
- N° 13 (2009): [Malte HELFER](#): Die Ferraris-Karte (1771-1777)
- N° 14 (2009): [Daniel ULLRICH](#): Der Tanktourismus in der Großregion SaarLorLux
- N° 15 (2009): [Laurent PFISTER](#): Das Klima der Großregion SaarLorLux
- N° 16 (2010): [Paul THOMES, Marc ENGELS](#): Die Eisen- und Stahlindustrie in der Großregion SaarLorLux
- N° 17 (2010): [Pierre GINET](#): Die Großsportheinrichtungen in der Großregion SaarLorLux
- N° 18 (2010): [Wolfgang BETHSCHEIDER](#): Das Hochschulwesen der Großregion SaarLorLux
- N° 19 (2010): [Malte HELFER](#): Die Natura-2000-Schutzgebiete in der Großregion SaarLorLux
- N° 20 (2010): [Martin UHRMACHER](#): Leprosorien in der Großregion SaarLorLux
- N° 21 (2010): [Ines FUNK \(KRUMM\)](#): Das Öffentliche Gesundheitswesen in der Großregion SaarLorLux
- N° 22 (2010): [Alain PENNY](#): Spätmittelalterliche Städte in der Großregion SaarLorLux
- N° 23 (2010): [Patrick WIERMER](#): Die Wahrnehmung der Großregion SaarLorLux in den Medien
- N° 24 (2010): [Christian WILLE](#): Grenzgänger in der Großregion SaarLorLux (1998 - 2008)
- N° 25 (2010): [Florian WÖLTERING](#): Der Tourismus in der Großregion SaarLorLux
- N° 26 (2010): [Claude BACK](#): Grenzänderungen in der Großregion SaarLorLux vom Wiener Kongress bis heute
- N° 27 (2011): [Christoph HAHN](#): Die Autoindustrie in der Großregion SaarLorLux 2011 - aktuelle Entwicklungen, Herausforderungen und Lösungsansätze
- N° 28 (2011): [Barbara NEUMANN, Jochen KUBINIOK](#): Die Böden der Großregion SaarLorLux
- N° 29 (2011): [Christian WILLE](#): Entwicklungen und Strukturen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Großregion SaarLorLux
- N° 30 (2011): [Christian WILLE](#): Atypische Grenzgänger in der Großregion SaarLorLux

N° 31 (2011): Michel DESHAIES: Naturparke in der Großregion SaarLorLux

N° 32 (2011): Brigitte KASTEN, Jens SCHÄFER: Der frühmittelalterliche Leihe- und Schenkungsbesitz der Klöster Gorze und Weißenburg in der Großregion SaarLorLux (661 - ca. 860)

N° 33 (2011): Eva MENDGEN: Das UNESCO Weltkulturerbe der Großregion SaarLorLux

N° 34 (2011): Malte HELFER: Die Verwaltungsgliederung der Großregion SaarLorLux

N° 35 (2012): Malte HELFER: Die Entwicklung des Eisenbahnverkehrs in der Großregion SaarLorLux

N° 36 (2012): Birte NIENABER, Ursula ROOS: Internationale Migranten und Migration in der Großregion SaarLorLux

N° 37 (2012): Emile DECKER: Die Keramikerzeugung in der Großregion SaarLorLux

N° 38 (2012): Simon EDELBLUTTE: Die Textilindustrie in der Großregion SaarLorLux

N° 39 (2012): Guénaël DEVILLE, Mathieu JASPARD, Juan Vazquez PARRAS: Das grenzübergreifende Angebot im Einzelhandel in der Großregion SaarLorLux

N° 40 (2012): Georg SCHELBERT, Stephan BRAKENSIEK: Kirchenbau im 20. Jahrhundert in der Großregion SaarLorLux

N° 41 (2013): Florian WÖLTERING, Juliano DE ASSIS MENDONÇA: Das Brauwesen in der Großregion SaarLorLux

N° 42 (2014): Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle: Die Bevölkerung der Großregion SaarLorLux

N° 43 (2017): Christian WILLE: Grenzüberschreitende Alltagspraktiken in der Großregion SaarLorLux

www.gr-atlas.uni.lu

